

Nachtrag Nr. 5 vom 3. Mai 2010

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“)

zum Basisprospekt für

Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe)

vom 21. November 2008

geändert durch

Nachtrag Nr. 1 vom 14. April 2009,
Nachtrag Nr. 2 vom 30. April 2009,
Nachtrag Nr. 3 vom 5. Juni 2009 und
Nachtrag Nr. 4 vom 25. März 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, ihn in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter www.helaba.de bereitzustellen.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen zum Nachtrag.....	3
Wichtige Hinweise.....	3
Belehrung über das Widerrufsrecht	3
Inhalt dieses Nachtrags	4
Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Emittentin (Abschnitt I.2. des Basisprospekts).....	4
Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt III. des Basisprospekts).....	4
Anhang:	
Konzernabschluss und Lagebericht des Konzerns 2009 der Landesbank Hessen-Thüringen	5
- Lagebericht des Konzerns	A-1
- Konzernabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen	A-47
Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen.....	6

Allgemeine Informationen zum Nachtrag

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Nachtrags. Die Helaba erklärt, dass die in diesem Nachtrag enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Dieser Nachtrag vom 3. Mai 2010 („der Nachtrag“) wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, den Nachtrag in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter www.helaba.de bereitzustellen.

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert den auf dem Deckblatt genannten Basisprospekt vom 21. November 2008 geändert durch Nachtrag Nr. 1 vom 14. April 2009, Nachtrag Nr. 2 vom 30. April 2009, Nachtrag Nr. 3 vom 5. Juni 2009 und Nachtrag Nr. 4 vom 25. März 2010 („der Basisprospekt“) in Bezug auf die bereit gestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesem eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereit gestellten Angaben sind mit den im Basisprospekt zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen. Die Aushändigung dieses Nachtrags bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Nachtrags zutreffend sind oder dass andere im Zusammenhang mit dem Nachtrag zur Verfügung gestellte Angaben zu einem späteren Zeitpunkt zutreffend sind als zu dem Datum des betreffenden Dokuments, in dem diese enthalten sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige weitere Nachträge zum Basisprospekt veröffentlichen.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter dem Basisprospekt angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags widerrufen sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Die Helaba hat am 26. April 2010 ihren Konzernabschluss 2009 nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, („IFRS“) veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss 2009 sowie der Lagebericht des Konzerns 2009 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) der Landesbank Hessen-Thüringen und der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers ist im Anhang dieses Nachtrags beigefügt und ist Bestandteil dieses Nachtrags.

Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Emittentin (Abschnitt I.2. des Basisprospekts)

Die im Basisprospekt im Abschnitt I.2. enthaltenen Angaben werden unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt ergänzt:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 26. April 2010 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Lagebericht des Konzerns nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2009 und der Lagebericht des Konzerns 2009 wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt III. des Basisprospekts)

Der Basisprospekt wird in Abschnitt III. unter der Überschrift „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ ergänzt. Diese aufgenommenen Formulierungen ergänzen darüber hinaus das per Verweis einbezogene Registrierungsformular vom 27. Mai 2009 unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 26. April 2010 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Lagebericht des Konzerns nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2009 und der Lagebericht des Konzerns 2009 wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Anhang: Lagebericht des Konzerns nach den Vorschriften des HBG und Konzernabschluss 2009
nach den Grundsätzen der IFRS
der Landesbank Hessen-Thüringen

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-162 sind dem Geschäftsbericht 2009 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Strasse 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist. Die aufgenommenen Finanzangaben enthalten in der ursprünglichen Seitennummerierung Leerseiten.

LAGEBERICHT DES KONZERNS

Lagebericht des Konzerns

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus eigener Kraft, das heißt ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungsmaßnahmen, bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit regionalem Fokus und ausgewählter internationaler Präsenz,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapitalausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba beruht auf den drei Säulen „Großkundengeschäft“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und dem „Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft“.

In der Unternehmenssparte „Großkundengeschäft“ konzentriert die Helaba ihre Aktivitäten auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Financial Institutions and Public Finance, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Ziel dieser fokussierten Geschäftsfeldstrategien ist national wie international die Erreichung beziehungsweise der Ausbau von Marktführungspositionen in ausgewählten Marktsegmenten. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba einen dualen Ansatz: zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden. Im Wholesale Banking stellen Großunternehmen, institutionelle Kunden sowie öffentliche Gebietskörperschaften und kommunalnahe Unternehmen die wesentlichen Zielkunden dar. Parallel zur weiteren Herausbildung des europäischen Binnenmarktes hat die Helaba in den letzten Jahren die Vertriebsaktivitäten in den Ländern der Europäischen Union (EU) selektiv weiter verstärkt. In der EU unterhält die Helaba Standorte in London, Dublin, Paris und Madrid. Hinzu kommen die unmittelbare Marktpräsenz in den USA über die Niederlassung New York, die Auslandsrepräsentanzen in Moskau und Shanghai sowie das Tochterinstitut LB(Swiss) Privatbank AG in Zürich.

In der Unternehmenssparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ ist die Verbundbankfunktion der Helaba als zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen angesiedelt. Die Region Hessen-Thüringen stellt – auch im europäischen Kontext – einen attraktiven Wirtschaftsraum mit hohem Zukunftspotenzial dar. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den 50 Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet eine produkt- und kundenseitige Gesamtmarktdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen hat die Helaba in beiden Bundesländern eine Spitzenposition im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, ein hundertprozentiges Tochterinstitut der Helaba, ist Marktführer im Retailbanking in der Region Frankfurt am Main. Über die Frankfurter Sparkasse und ihre Vertriebsgesellschaft 1822direkt verfügt der Helaba-Konzern auch über ein signifikantes Standbein im nationalen Direktbankgeschäft mit knapp 500.000 Kunden und einem Kundenvolumen von 5,9 Mrd. € Ende 2009.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ nimmt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die WIBank, die im August 2009 aus der Verschmelzung der vormaligen Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur hervorgegangen ist, verfügt über die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen, arbeitet nach dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität und ist steuerbefreit. Die Helaba unterhält Beteiligungen an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere am Fonds „Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG“, sowie an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Darüber hinaus haben das Land Hessen zeitlich unbefristete stille Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. €, die Sparkassen in Hessen und Thüringen unbefristete und befristete stille Einlagen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger zeitlich unbefristete und befristete Einlagen in Höhe von 658 Mio. € als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), FitchRatings (Fitch) und Standard & Poor's Corp. (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 31. Dezember 2009):

	Moody's	Fitch	S & P
Langfristig (unbesichert)	Aa2	A+*	A**
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1**
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	AAA
Hypothekenzinspfandbriefe	–	AAA	–
Finanzkraft-/Individual-Rating	C-	B/C*	–

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

** S&P hat auch allen Verbundsparkassen auf Basis des gemeinsamen regionalen Reservefonds Hessen-Thüringen dieses Rating verliehen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und Standard & Poor's vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert.

Aufgrund von generellen Methodenänderungen bei der Beurteilung von hybriden Kapitalinstrumenten hat die Rating-Agentur Moody's Mitte Februar 2010 das Rating einer Helaba-Genussschein-Emission auf Baa2 sowie zweier stiller Einlagen der Main Capital Funding Limited Partnership an die Helaba auf

Ba1 neu eingestuft. Die Rating-Agentur Fitch hat im Januar 2010 das Rating für Hypothekendarlehen zahlreicher deutscher Banken, darunter auch der Helaba, auf „Rating Watch Negative“ gesetzt. Grund hierfür ist, dass Fitch neue, detaillierte Daten-Templates zur Beurteilung der Qualität der als Deckung verwendeten gewerblichen Hypothekendarlehen einsetzen wird und bis zum Erhalt dieser Daten, deren Aufbereitung für die Emittenten zeitlich sehr aufwendig ist, an dieser Rating-Beobachtung festhält. Für den Fall der Nichtlieferung dieser Daten durch Emittenten könnte eine Herabstufung des Ratings für Hypothekendarlehen dieser Emittenten nicht ausgeschlossen werden. Die Helaba beabsichtigt, kurzfristig die erforderlichen Daten bereitzustellen.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestandes periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolios des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass ca. die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die seitens der Bankenaufsicht Ende 2009 definierten aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen werden 2010 zügig umgesetzt. Auf der Grundlage einer Risikoanalyse wurden diejenigen Stellen ermittelt, bei denen das Begründen hoher Risikopositionen im Sinne des Rundschreibens der BaFin vom 21. Dezember 2009 anzunehmen ist. Eine Deferral-Komponente wird bei allen Risk Takern gemäß BaFin-Rundschreiben eingeführt, sofern sie über einem bestimmten Sockelbetrag liegen. Die Einrichtung eines Vergütungsausschusses wurde beschlossen; der Personalausschuss des Verwaltungsrates der Helaba übernimmt die Überwachungsfunktion hinsichtlich der Vergütungssysteme.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e. V.“, dessen Ziel in der Förderung des internati-

onalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. Die Rating-Agentur oekom research AG unterzieht die Bank einem Nachhaltigkeits-Rating und überprüft damit das ökologisch und sozial verantwortliche Handeln der Helaba. Im Ergebnis wird die Bank im Investmentstatus „prime“ geführt. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 140001. 2009 erfolgten die Revalidierung gemäß EMAS II und die Rezertifizierung nach DIN EN ISO 140001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Als eine der Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise sollen international die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Quantität und Qualität der Eigenkapitalausstattung sowie der Liquiditätsvorsorge von Kreditinstituten in den nächsten Jahren verschärft werden. Im Gefolge von Beschlüssen der G-20-Staaten und des Financial Stability Board haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene der Council of European Banking Supervisors (CEBS) Ende 2009 entsprechende Vorschläge vorgelegt. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Hinzu kommen politische Diskussionen um die Einführung aufsichtsrechtlicher Regelungen betreffend die bilanzielle Größe, die Geschäftsstruktur und die Insolvenzfähigkeit von Kreditinstituten. Es zeichnet sich auch ab, dass die Bandbreite aufsichtsrechtlicher Eingriffsrechte erweitert wird. Je nach Ausgestaltung und Dauer der zeitlichen Übergangsphasen werden die neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsstruktur und Rentabilität an den Bankenmärkten haben.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsauflagen der Europäischen Kommission umzusetzen. Für die vom deutschen Gesetzgeber Mitte 2009 geschaffene Möglichkeit der Auslagerung von Wertpapieren und sonstigen nicht strategischen Geschäftsbeständen auf Abwicklungsgesellschaften unter dem Dach des staatlichen Sondervermögens Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) befinden sich bislang Anträge von zwei Kreditinstituten in der Umsetzung.

Im Unterschied zu vielen anderen Kreditinstituten hat die Helaba die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise vergleichsweise gut und aus eigener Kraft bewältigt. Die Helaba geht davon aus, dass staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen bei anderen Kreditinstituten nicht die eigene Wettbewerbsposition beeinträchtigen.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Helaba war im Geschäftsjahr 2009 geprägt von einem operativ guten Geschäftsverlauf bei einem gleichzeitigen rezessionsbedingt deutlichen Anstieg der Kreditrisikovorsorge. Die Geschäftssteuerung war 2009 parallel an den drei Zielen Eigenkapitalunterlegung, Risiko und Liquidität ausgerichtet. Das mittel-/langfristige Neugeschäft lag bei über 12 Mrd. €, im kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäft wurden durch die Helaba im mittel-/langfristigen Laufzeitbereich zusätzlich rund 6 Mrd. € Schuldscheinemissionen begleitet. Damit stand die Helaba trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kundengeschäft als Kreditgeber und Geschäftspartner weiterhin zur Verfügung. Dies entspricht auch der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristen-

kongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen stellen ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekendarlehen die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente dar. Für die Refinanzierungsbasis des Konzerns stellen die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft eine zusätzliche Diversifizierung der Refinanzierungsquellen dar.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Geschäftsjahres 2009 erzielt die Helaba in turbulenten Zeiten ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2009 von 8,8 %, die nach Feststellung des Jahresabschlusses der Helaba auf 9,1% steigt, und einer gesamten Eigenmittelquote von 13,5 % (nach Feststellung 13,8 %) verfügt der Helaba-Konzern über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Eine wichtige Veränderung im Zuge der Neuordnung der Förderaktivitäten betrifft die im August 2009 vollzogene Verschmelzung des bisher at Equity bilanzierten Gemeinschaftsunternehmens Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur, die sodann unter dem Namen Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen fortgeführt wurde.

Zum Zwecke der Entflechtung der Anteilseignerstrukturen hat die Helaba im Dezember 2009 den 25-prozentigen Anteil an der Banque LBLux S. A. an die BayernLB veräußert und im Gegenzug 50 % der Anteile an der LB(Swiss) Privatbank AG von der BayernLB erworben. Beide Gesellschaften wurden bisher at Equity bilanziert. Die LB(Swiss) Privatbank AG wird seitdem als hundertprozentiges Tochterunternehmen vollkonsolidiert.

Weitere Veränderungen betreffen insbesondere Objektgesellschaften aus dem Geschäft mit geschlossenen Fonds und der Immobilienprojektierung.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2009 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Die Erstkonsolidierung einer Immobilienobjektgesellschaft führte zu einer Ergebnisbelastung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Helaba hat ihr Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2009 deutlich verbessert. Die positive Entwicklung im operativen Geschäft wurde zwar durch den konjunkturbedingt starken Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft beeinträchtigt, dies wurde weitgehend durch nennenswerte Wertaufholungen bei Wertpapieren und Derivaten kompensiert, deren Bewertungskorrekturen infolge der Finanzmarktkrise das Vorjahresergebnis belastet haben. Das Ergebnis vor Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen fiel mit 343 Mio. € (2008: –54 Mio. €) gemäß Planung aus. Nach Steuern wird ein Konzernjahresergebnis von 323 Mio. € (2008: –44 Mio. €) ausgewiesen. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss liegt mit 1.029 Mio. € auf Vorjahresniveau (2008: 1.047 Mio. €). Die durchsetzbare Margenverbesserung im Kreditgeschäft wurde durch das leicht gesunkene Kreditvolumen, die Liquiditätskosten sowie die Abwertung des US-Dollars ausgeglichen. Knapp über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg von –66 Mio. € auf –487 Mio. € stark an. Neben Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen, auf die eine Nettozuführung von 311 Mio. € entfiel, wirkten sich auch Rating-Verschlechterungen von nicht akut ausfallgefährdeten Kreditengagements mit 142 Mio. € als zusätzliche Portfoliowertberichtigung belastend aus. Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt 34 Mio. €. Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 981 Mio. € auf 542 Mio. € gesunken.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 227 Mio. € (2008: 216 Mio. €) trotz des schwierigen Marktumfeldes erhöht werden. Der Provisionsüberschuss aus der Konzeption und dem Vertrieb geschlossener Fonds von der Gruppe HANNOVER LEASING konnte trotz eines schwierigen Marktumfeldes aufgrund der erfolgreichen Platzierung von zwei größeren Objekten gesteigert werden. Positiv entwickelten sich auch die Provisionen aus dem Bankgeschäft der Helaba, wobei dies teilweise auf die Verschmelzung der frü-

heren Investitionsbank Hessen zurückzuführen ist. Das Depot- und Wertpapiergeschäft der Frankfurter Sparkasse war hingegen rückläufig.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 315 Mio. € (2008: –328 Mio. €). Insbesondere die ab dem zweiten Quartal rückläufigen Credit Spreads und Liquiditätsspreads bei den zinsbezogenen Handelsgeschäften und Kreditderivaten führten zur Reduzierung der aufgelaufenen Bewertungsverluste. Somit zeigten die Ergebnispositionen, die von der Marktbewertung beeinflusst wurden, wie erwartet Umkehrreffekte. Bei gleichzeitig signifikant abgebauten Handelsaktiva und -passiva wurde das Kundengeschäft ausgebaut und Opportunitäten am Markt genutzt. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Auch das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option in Höhe von 52 Mio. € (2008: –184 Mio. €) ist stark durch die rückläufigen Credit Spreads geprägt, die sich jedoch auf einem gegenüber der Zeit vor der Finanzmarktkrise höheren Niveau einpendeln. Allein aus Kreditderivaten resultiert ein positives Bewertungsergebnis von 98 Mio. €, nachdem im Vorjahr eine Belastung von –174 Mio. € zu verkräften war. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt 40 Mio. € (2008: –14 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich mit –38 Mio. € (2008: –42 Mio. €) leicht verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Available-for-Sale-Wertpapieren sind mit jeweils 30 Mio. € ausgeglichen, so dass das Ergebnis auf bonitätsbedingte Abschreibungen zurückzuführen ist. Diese Abschreibungen betreffen überwiegend Beteiligungen. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 20 Mio. € (2008: 18 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 354 Mio. € auf 210 Mio. € verringert. Dies ist insbesondere auf niedrigere Leasingerträge der Gruppe HANNOVER LEASING und Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte zurückzuführen. Die Reduzierung der Leasingerträge erfolgte planmäßig durch Bestandsabbau des Mobilien-Leasingvermögens und geht einher mit niedrigeren Abschreibungen auf Sachanlagen, die im Verwaltungsaufwand ausgewiesen werden. Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betragen insgesamt 105 Mio. € und betreffen im Wesentlichen eine Immobilienobjektgesellschaft, die derzeit nicht vermarktet werden kann, sowie eine Banktochter. Die Abschreibung auf den Firmenwert der Banktochter war vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung im Bankensektor nach der Finanzkrise erforderlich. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt wie im Vorjahr 114 Mio. €.

Der Rückgang des Verwaltungsaufwandes auf 1.025 Mio. € (2008: 1.055 Mio. €) steht maßgeblich in Zusammenhang mit den niedrigeren Abschreibungen auf Leasinggegenstände der Gruppe HANNOVER LEASING. Der Personalaufwand hat sich von 491 Mio. € auf 498 Mio. € nur leicht erhöht, obwohl sich im Vorjahresvergleich eine ab November 2008 berücksichtigte tarifliche Gehaltserhöhung von 2,5 % niedergeschlagen hat und die Mitarbeiteranzahl erneut gestiegen ist. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 5.890 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 5.815 im Vorjahr. Der Sachaufwand hat sich auf 527 Mio. € (2008: 564 Mio. €) reduziert. Darin enthalten sind 121 Mio. € (2008: 148 Mio. €) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

Der Ertragsteueraufwand wird mit –80 Mio. € ausgewiesen. Im Vorjahr waren die Ertragsteuern noch mit 11 Mio. € positiv, da der tatsächliche Steueraufwand durch den Ertrag aus latenten Steuern überkompensiert wurde.

Das Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen beträgt 60 Mio. € (2008: –1 Mio. €). Hier sind Ergebnisse aus zwei Objektgesellschaften der Gruppe HANNOVER LEASING enthalten, die aufgrund mehrheitlicher Platzierung entkonsolidiert werden konnten. In den Vorjahren haben diese Gesellschaften aufgrund der Eliminierung konzerninterner Geschäfte das operative Ergebnis belastet. Unter Einbeziehung des Ergebnisses aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ergeben sich Erträge vor Steuern in Höhe von 1.433 Mio. € (2008: 1.000 Mio. €), denen Aufwendungen in Höhe von 1.025 Mio. € (2008: 1.055 Mio. €) gegenüberstehen. Daraus ergibt sich eine Cost-Income-Ratio von 71,6 % (2008: über 100,0 %). Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern beträgt 8,6 %, nachdem sie im Vorjahr negativ war.

Das Konzernjahresergebnis ist von –44 Mio. € im Vorjahr auf 323 Mio. € gestiegen. Davon entfällt auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften –1 Mio. € (2008: 1 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 324 Mio. € (2008: –45 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon ist ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen und ein Betrag von 14 Mio. € zur Ausschüttung vorgesehen.

Bilanz

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2009 von 184,6 Mrd. € auf 169,9 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die gezielte Reduzierung der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen und Treuhandgeschäfte eingehen, nahm um 9,6 % auf 202,3 Mrd. € (2008: 223,7 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kunden verringerten sich um 3,5 Mrd. € oder 4 % auf 87,5 Mrd. €. Damit beträgt der Anteil an der Bilanzsumme über 50 %. Von den Forderungen an Kunden betreffen 1,8 Mrd. € (2008: 2,1 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (66)). Auch die Forderungen an Kreditinstitute sind um 13 % auf 14,8 Mrd. € (2008: 17,1 Mrd. €) gesunken. Von diesem Forderungsvolumen entfallen 6,9 Mrd. € (2008: 7,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden.

Die seit dem zweiten Halbjahr 2008 zunehmend negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft wirkten sich auf den Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen erhöhend aus. Von den 1,2 Mrd. € (2008: 1,0 Mrd. €) entfallen 246 Mio. € (2008: 104 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet werden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva wurden im Geschäftsjahr 2009 gezielt abgebaut und werden mit 42,8 Mrd. € (2008: 51,5 Mrd. €) ausgewiesen; dies entspricht einem Rückgang von 17 %. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 29,9 Mrd. € (2008: 35,4 Mrd. €) bilden den Schwerpunkt der Anlagen. Unter den Finanzanlagen, die mit 16,7 Mrd. € (2008: 16,0 Mrd. €) nahezu konstant gehalten wurden, liegt der Anteil der Schuldverschreibungen bei 95 %.

Zur Realisierung eines zwar verminderten, aber immer noch hohen Neugeschäftsvolumens standen der Helaba auch in schwierigsten Zeiten der Finanzmarktkrise verschiedene Refinanzierungsmärkte zur Verfügung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit 33,2 Mrd. € (2008: 34,0 Mrd. €) auf Vorjahresniveau. Dabei entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen 2,7 Mrd. € (2008: 1,9 Mrd. €).

Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben mit 41,9 Mrd. € konstant. Hier haben sich insbesondere die Namensschuldverschreibungen und täglich fälligen Einlagen von Privatkunden erhöht, während begebene Schuldscheindarlehen und mittel- bis langfristige Einlagen von Privatkunden zurückgegangen sind. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 13,3 Mrd. € (2008: 13,2 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen betragen unverändert 3,2 Mrd. €.

Die verbrieften Verbindlichkeiten wurden um 2,1 Mrd. € auf 38,5 Mrd. € reduziert, nachdem im Vorjahr noch eine Steigerung um 6,5 Mrd. € beziehungsweise 19 % zu verzeichnen war. Die begebenen Öffentlichen Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe belaufen sich auf 7,5 Mrd. € (2008: 10,1 Mrd. €).

Der Rückgang der Handelspassiva von 53,5 Mrd. € im Vorjahr auf 42,1 Mrd. € ist auf den gesunkenen Refinanzierungsbedarf infolge des Abbaus der Handelsaktiva zurückzuführen. Dabei wurden insbesondere aufgenommene Termingelder von 34,8 Mrd. € auf 23,5 Mrd. € reduziert. Das Volumen der begebenen Geldmarktpapiere von 9,9 Mrd. € (2008: 5,0 Mrd. €) wurde hingegen ausgebaut.

Das Nachrangkapital von 4,5 Mrd. € blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2009 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 4,9 Mrd. € (2008: 4,7 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 281 Mio. € (2008: –149 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von 115 Mio. € (2008: 116 Mio. €) enthalten. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nahm nach latenten Steuern um 28 Mio. € auf –196 Mio. € ab. Bei sukzessive liquider werdenden Märkten wurden im Gegensatz zum Vorjahr nur noch geringe Wertpapierbestände modellbewertet. Zur Reduzierung der Neubewertungsrücklage haben darüber hinaus realisierte Bewertungsgewinne beigetragen.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forum wird im Folgenden über das Engagement der Helaba im Verbriefungsgeschäft berichtet. Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC 12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und Tochtergesellschaften der Helaba auch direkt in ABS-Wertpapieren investiert.

Zum 31. Dezember 2009 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

31.12.2009 in Mio. €	Buchwert	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	946	42,9 %	37,5 %	14,3 %	5,1 %	0,2 %
CMBS	118	2,9 %	62,8 %	33,4 %	0,9 %	–
CDO/CLO	751	39,6 %	30,3 %	18,6 %	7,2 %	4,3 %
Sonstige ABS	225	58,5 %	9,6 %	8,4 %	17,7 %	5,8 %
ABS Gesamt	2.040	41,1 %	33,2 %	16,4 %	7,0 %	2,3 %

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2008:

31.12.2008 in Mio. €	Buchwert	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	1.058	74,6 %	12,9 %	10,6 %	1,7 %	0,2 %
CMBS	129	87,3 %	12,7 %	–	–	–
CDO/CLO	858	76,0 %	13,9 %	6,7 %	0,9 %	2,5 %
Sonstige ABS	285	62,7 %	4,5 %	14,0 %	18,8 %	–
ABS Gesamt	2.330	74,4 %	12,2 %	9,0 %	3,4 %	1,0 %

Die ABS-Wertpapiere waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Nähere Erläuterungen sind in Anhangangabe (66) enthalten.

Im Rahmen von Verbriefungstransaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2009 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 0,5 Mrd. € (2008: 1,0 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2009 0,1 Mrd. € in Anspruch genommen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,0 Mrd. € (2008: 1,1 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2009 0,7 Mrd. € (2008: 1,0 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung der Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der Helaba fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Deshalb ist das Risikomanagementsystem wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Die Helaba hat ihr Risikomanagement vor dem Hintergrund der am 14. August 2009 veröffentlichten MaRisk-Novelle überprüft, den Handlungsbedarf identifiziert und erforderliche Maßnahmen zur Anpassung von Methoden und Prozessen ergriffen. Die im Rahmen der MaRisk-Novelle durchgeführten Anpassungen beziehungsweise Ergänzungen und Verbesserungen des Risikomanagements kommen ab Anfang 2010 zur Anwendung.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Der Vorstand trägt – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein konzernweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit dafür, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten wird und bestehende beziehungsweise mögliche Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt werden.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit dem 1. Januar 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die Interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung**Risikoarten**

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Je nach Wahrscheinlichkeit und Bedeutung ihres Eintretens wird hinsichtlich der Steuerung dieser Risiken unterschieden in „Wesentliche Risiken“ und „Sonstige Risiken“. Die Helaba hat folgende wesentliche Risikoarten identifiziert und definiert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko (Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko.
- Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung aufgrund von unerwarteten Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätzen, Aktien- und Devisenkursen sowie deren Volatilitäten.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt: Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko einer nicht ausreichenden Liquidität für die Erfüllung der täglichen Zahlungsverpflichtungen. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Finanzinstrumenten, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können.
- Das operationelle Risiko wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken.
- Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden Termin-, Qualitäts-, Kosten- beziehungsweise Vermarktungsrisiken im Rahmen des Immobilienprojektentwicklungsgeschäftes gefasst, die sich bei Eintritt negativ auf den kalkulierten Deckungsbeitrag der Projektentwicklung auswirken. Hierzu gehören nicht Risiken aus Immobilienfinanzierungen.
- Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds) innerhalb des Helaba-Konzerns. Hierunter fallen auch Kostenrisiken im Zusammenhang mit erhöhtem Vertriebsaufwand sowie Ertragsrisiken aus nicht erzielten Konzeptionserlösen und weitere Kosten für die Arrangierung einer zusätzlichen Finanzierung bei Nichtplatzierung des noch einzuwerbenden Eigenkapitalanteils.
- Beteiligungsrisiken (als Residualrisikoart) resultieren aus einem möglichen Rückgang des Anteilswertes, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, aus Verlustübernahmen oder aus Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen sowie aus Garantien oder Patronatserklärungen.

Über die wesentlichen Risikoarten hinaus werden unter „Sonstige Risiken“ strategische Risiken, Reputationsrisiken, steuerliche Risiken und Auslagerungsrisiken zusammengefasst.

- Das strategische Risiko stellt das Risiko dar, dass bezüglich des Geschäftsmodells und der wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor unternehmensstrategische Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig negativ auf die Ertragskraft und die Zukunftsfähigkeit der Bank auswirken.
- Das Reputationsrisiko ist das Risiko, dass durch Belastungen und Veränderungen der Reputation Handlungen der Stakeholder ausgelöst werden, die Auswirkung auf die wirtschaftliche Situation der Helaba haben.
- Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.

- Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Systeme und Prozesse wichtig. Im Rahmen des Neue Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft beziehungsweise das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfall- und Länderrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der Beteiligungs- und Immobilienprojektierungsrisiken, der Rechtsrisiken sowie der operationellen und sonstigen Risiken. Zielsetzung ist die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur

Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien. Gegenwärtig gehören dem Risikoausschuss alle Vorstandsmitglieder an.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt innerhalb des Bankbuches die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken und die Fonds-Platzierungsrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikocontrolling des Konzerns

Die Risiken der Beteiligungen werden unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das Risikocontrolling der Helaba einbezogen. Hierzu erfolgt eine Klassifikation der Beteiligungen in vier Kategorien:

Klasse 1

Vollständige Integration in Berichterstattung; Bereitstellung transaktionaler oder hinreichend granularer Daten für die interne Risikoquantifizierung nach eigenen Methoden;

Klasse 2

Integration in Berichterstattung; Bereitstellung von Risikogrößen oder aggregierten Kennzahlen auf Basis von einheitlichen Vorgaben;

Klasse 3

Übernahme von Darstellungen und Analysen im Rahmen bestehender Risikoberichterstattungen der nachgeordneten Einheit;

Klasse 4

Keine Einbindung, da das Risiko als nicht wesentlich eingestuft wird. Risiken werden im Rahmen des residualen Beteiligungsrisikos abgebildet.

Die Einstufung wird für jede Konzerngesellschaft und Risikoart separat vorgenommen.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methoden-

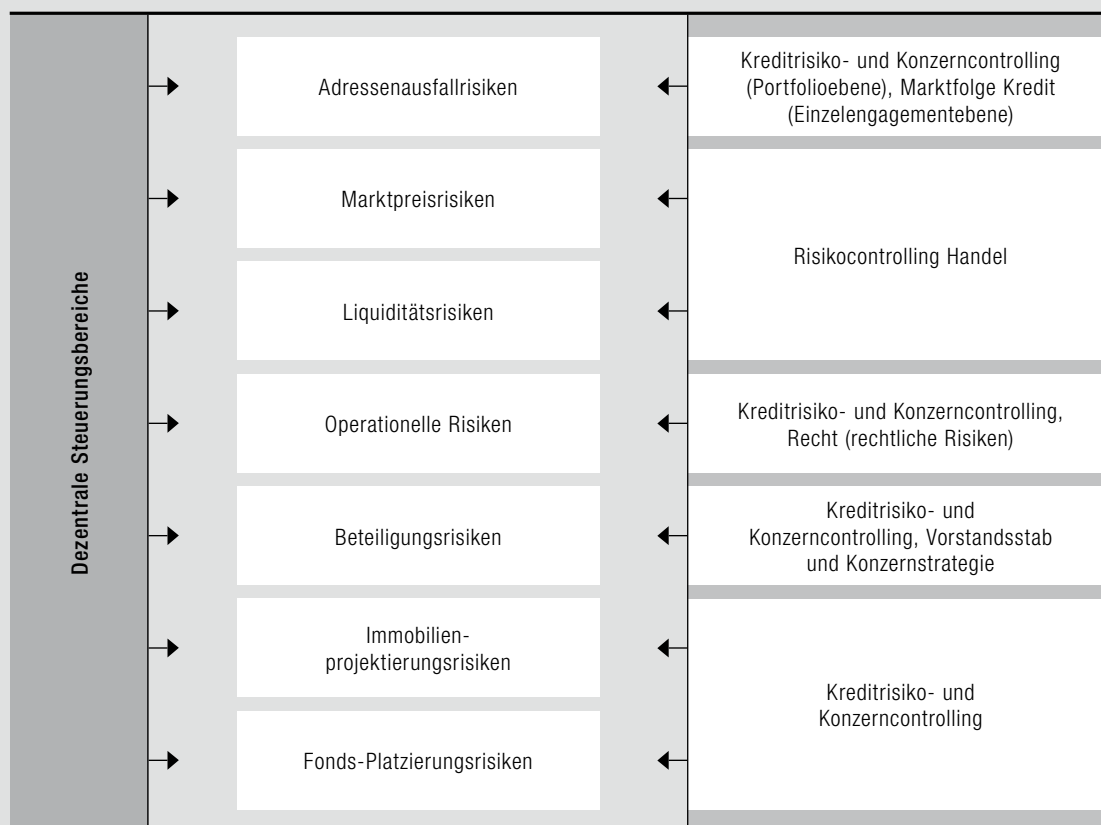
kompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen angestrebt.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Grafik 1 genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoüberwachungs-/-controllingbereiche

(Grafik 1)



Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstituts und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse zentral überwacht. Ab 2010 wird die Ende 2009 vollständig übernommene LB(Swiss) Privatbank AG in die zentrale Überwachung aller wesentlichen Risiken des engen Konzernkreises einbezogen. Zentral überwacht werden auch Immobilienprojektierungsrisiken, die vorwiegend bei der Tochter OFB, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken integriert. Über die Einbeziehung der wesentlichen Risiken relevanter Beteiligungen in das risikoartenspezifische Risikocontrolling hinaus erfolgen eine Berichterstattung der Beteiligungsrisiken und eine separate Quantifizierung für Beteiligungen, die nicht in die zentrale Überwachung der einzelnen Risikoarten einbezogen sind. Dadurch ist die konzernweite Risikoüberwachung gewährleistet.

Neben den in Grafik 1 genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision

Die Interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichterstattung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der Internen Revision.

Compliance, Geldwäsche und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle, der Datenschutz- und der Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet. Die Compliance-Stelle überwacht Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln. Sie identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit wertpapierhandelsrechtlichen Risikopotenzialen. Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, ergreift mit ihrer Group Policy entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, mit Hilfe aktueller Gefährdungsanalysen des Konzerns (Geldwäsche, Betrugsbekämpfung) und mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software, angemessene Maßnahmen gegen Rechts- und Reputationsrisiken. Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind fachlich unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass diejenigen quantifizierbaren wesentlichen Risiken, bei denen im Eintrittsfall eigenkapitalwirksame Verluste entstehen, jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilienprojektierungs- und Beteiligungsrisiken ein. Diese werden jeweils in einem Normalzenario, einem gestressten Normalzenario und einem Extremszenario betrachtet.

Den Risikopotenzialen werden Deckungsmassen nach einem vierstufigen Schema gegenübergestellt. Die Deckungsmasse I wird in die Deckungsmassen Ia und Ib unterteilt. Die Deckungsmasse Ia gibt das nachhaltige Betriebsergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr an. In der Deckungsmasse Ib wird der Aufwand zur Bedienung der stillen Einlagen ausgewiesen. Die Deckungsmasse II besteht aus

den Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährig festgelegte Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die Deckungsmassen I und II dienen zur Abdeckung der Risikopotenziale aus Normalszenario und gestresstem Normalszenario.

In der Deckungsmasse III werden alle regulatorisch nach SolvV anrechenbaren, aber nicht gebundenen Eigenmittel ausgewiesen. Die Deckungsmasse IV besteht aus den regulatorisch gebundenen Eigenmitteln zuzüglich der Buchwerte von Abzugskapitalbeteiligungen. Die Deckungsmassen III und IV werden zur Abdeckung der regulatorisch gebundenen Risikoposition beziehungsweise zur Abdeckung des zur Plausibilisierung der regulatorischen Kapitalbindung betrachteten Extremszenarios genutzt. In Summe geben beide Deckungsmassen die maximale Höhe der mit Eigenkapital zu unterlegenden Risikoposition vor, die bei gegebenen Eigenmitteln im Helaba-Konzern eingegangen werden kann, um die Mindestkapitalanforderungen nach SolvV zu erfüllen.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2009 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale gegenüber den bestehenden Risikodeckungsmassen aus. Dies dokumentiert die konservative Gesamtrisikoposition der Helaba.

Der Kapitalpuffer gegenüber den Deckungsmassen I und II beträgt im Normalszenario 1,1 Mrd. € und im gestressten Normalszenario 0,7 Mrd. €.

Die regulatorischen Risikopotenziale für den Konzern werden durch die vorhandenen und aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel (Deckungsmassen III und IV) vollständig überdeckt. Es besteht ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,4 Mrd. €. Das zur Plausibilisierung des regulatorisch gebundenen Kapitals betrachtete Extremszenario zeigt einen geringeren Kapitalbedarf als regulatorisch gefordert auf. Ein unterstellter statistisch unwahrscheinlicher gleichzeitiger Eintritt der Extremszenarien in allen betrachteten Risikoarten wird mit einem Kapitalpuffer in Höhe von 4,1 Mrd. € überdeckt.

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Darüber hinaus gehören satzungsmäßig die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute. Er ist Ende 2009 mit ca. 530 Mio. € dotiert. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank), das Ende August 2009 aus der Verschmelzung der Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur entstanden und rechtlich als unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, gilt zudem die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus den strategischen Unternehmenszielen abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Kreditrisikostrategie wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Kreditrisikostrategie wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kredit-Portfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel II/EU Capital Requirements Directive) wurden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende neue Bankregulierungsvorschriften erarbeitet, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt worden und zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind. Die Helaba wendet seitdem den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risiko-Datenpool wurden alle neuen Verfahren und Systeme in die Prozesse integriert.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Überwachung obliegt dem Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch am Eigenkapital der Bank sowie an dem der Kontrahenten (Banken- und Versicherungsengagements).

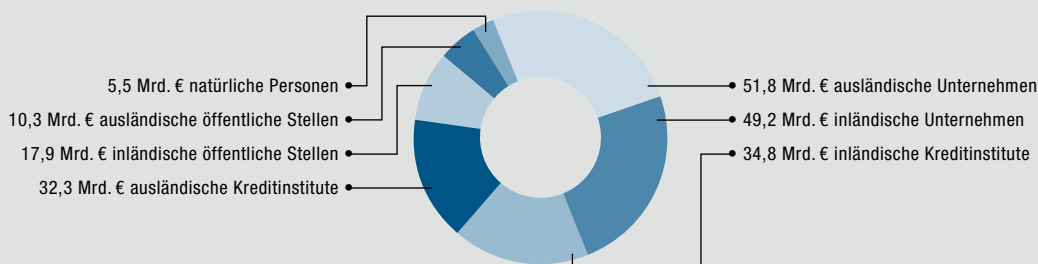
Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzern-Ebene – die so genannten Global-Limite – erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß §19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch aus Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Global-Limite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2009, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse) in Höhe von 201,8 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

(Grafik 2)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Global-Limit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter „Sonstige wirtschaftliche Risiken“ Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer), erhaltene Bürgschaften und Garantien oder Exporteurrisiken, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged-Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurde für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen ein eigenes Einstufungsverfahren entwickelt. In diesen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

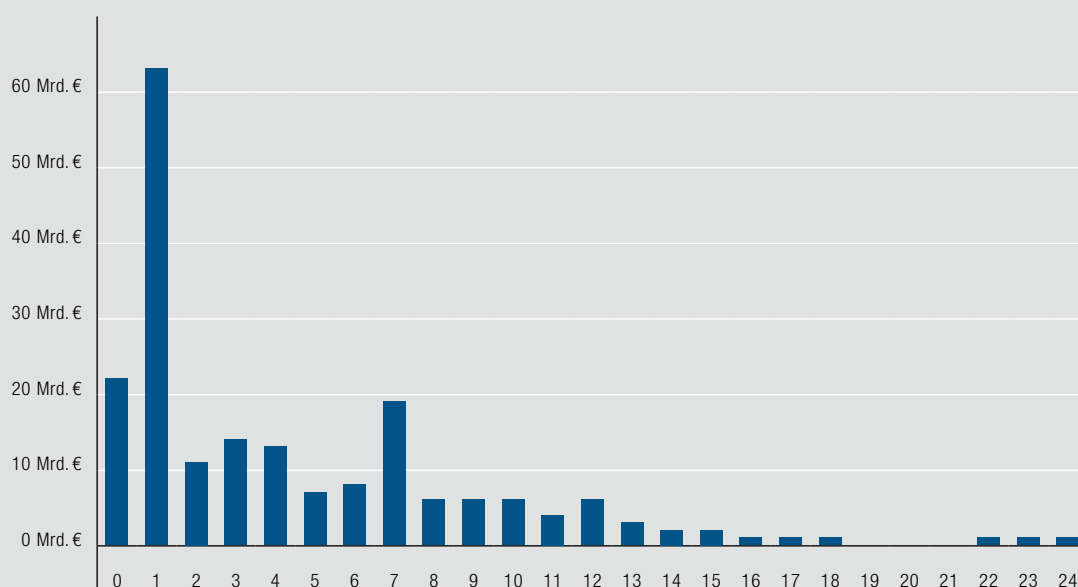
Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Bank hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend

ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating wird ebenfalls auf einer 25-stufigen Skala bestimmt und bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 201,8 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 3 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

(Grafik 3)



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risiko-Datenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2009 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Zypern, Slowenien und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand nimmt – unter Berücksichtigung der Voten – die abschließende Risikogruppierung vor und setzt Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandels-geschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 59,1 Mrd. € konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (82,7 %) und Nordamerika (14,7 %). Es ist per 31. Dezember 2009 zu 90,7 % der Länder-Rating-Klasse 0 zugeordnet. Weitere 8,0 % werden in den Rating-Klassen 1–9 generiert. Lediglich 0,2 % ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. In den Länder-Rating-Klassen 22–24 bestehen keine Länderrisiken.

Das Länderrisiko im engen Konzernkreis in Höhe von 62,8 Mrd. € konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (82,7 %) und Nordamerika (14,6 %). Es ist per 31. Dezember 2009 zu 90,6 % der Länder-Rating-Klasse 0 zugeordnet. Weitere 8,2 % werden in den Rating-Klassen 1–9 generiert. Lediglich 0,2 % sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. In den Länder-Rating-Klassen 22–24 bestehen keine Länderrisiken.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikoposition erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cash-flow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch Kredithöchstgrenzen, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klassen der Kreditnehmer/Transaktionen und Laufzeit der Geschäfte die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal jährlich zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die kalkulatorische Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risiko-Datenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form eines erwarteten Verlustes (Expected Loss) einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung erfolgt für regulatorische Zwecke auf der Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorischer LGD, für Zwecke der Steuerung werden intern geschätzte LGD verwendet. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung zum Ansatz gebracht. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. In Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit und dem Kapitalanteil der Helaba werden die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Helaba Dublin, die direkt aus der Bank heraus gesteuert wird, und die Frankfurter Sparkasse. Hier erfolgt die Quantifizierung der Marktpreisrisiken nach den Methoden der Helaba. Seit dem 31. Dezember 2009 wird zudem die Tochtergesellschaft LB(Swiss) Privatbank AG vollständig in die Quantifizierung der Marktpreisrisiken integriert.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel, Eigenhandel und Fristentransformation. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Die Marktpreisrisiken der Kreditbereiche werden durch interne Preisquotierungen auf den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung übertragen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. In den Handelsbereichen werden ferner Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines

neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung von Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 4 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2009 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des Konzerns (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und LB(Swiss) Privatbank AG) entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 54 % auf Positionen in Euro und 35 % auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten zum Jahresultimo

(Grafik 4)

in Mio. €	Gesamtrisiko	Zinsänderungsrisiko	Währungsrisiko	Aktienrisiko
Gesamt	71,8	64,4	1,5	5,9
Handelsbuch	28,2	25,0	0,8	2,4
Bankbuch	57,6	51,8	1,0	4,8

Nahezu allen Risikomesssystemen liegt ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz zugrunde. Die einzige Ausnahme bildet die Ermittlung der optionsspezifischen Risiken im Zinsbereich, deren Messung auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation erfolgt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes Internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich Rating-abhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 5 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2009 dargestellt. Ursächlich für die im Vergleich zum Vorjahr höheren MaR-Beträge sind im Wesentlichen die weiterhin sehr hohen Volatilitäten im Nachgang der Insolvenz von Lehman Brothers.

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2009

(Grafik 5)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die LB(Swiss) Privatbank AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung an den Standorten.

Grafik 6 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2009

Anzahl Handelstage: 251

(Grafik 6)

	1. Quartal 2009	2. Quartal 2009	3. Quartal 2009	4. Quartal 2009	Gesamt 2009
	Ø MaR (in Mio. €)	Ø MaR (in Mio. €)	Ø MaR (in Mio. €)	Ø MaR (in Mio. €)	Ø MaR (in Mio. €)
Zinsänderungsrisiko	33,1	33,2	26,9	25,0	29,5
Währungsrisiko	1,0	0,9	1,0	1,6	1,2
Aktienrisiko	0,5	0,7	1,4	2,9	1,4
Gesamtrisiko	34,6	34,8	29,3	29,6	32,0

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0,3 Mio. €. Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der LB(Swiss) Privatbank AG beläuft sich auf 0,4 Mio. €.

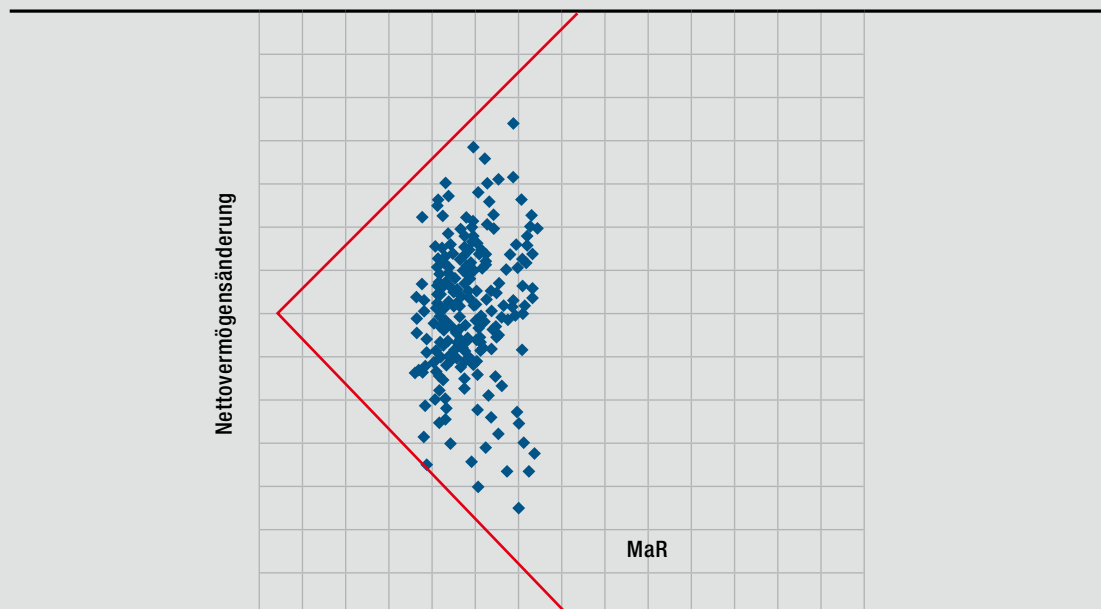
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99%-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 7 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2009 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2009

(Grafik 7)



Im Internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2009 keine negativen Ausreißer auf.

Stresstests

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität). Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch der Helaba setzen sich aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie den strategischen Positionsnahmen des Dispositionsausschusses und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammen. Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil der Eigenkapitalanforderungen nach Basel II. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Bei der Umsetzung in nationales Recht gibt die deutsche Bankenaufsicht einen Anstieg der Zinskurve um 130 Basispunkte beziehungsweise eine Senkung um 190 Basispunkte vor. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2009 zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 19,4 Mio. € führen. Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität beziehungsweise der Refinanzierung besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung und Steuerung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2009 jederzeit gesichert.

Die Frankfurter Sparkasse ist Bestandteil der gruppenweiten Liquiditätssteuerung. Im Rahmen zentraler Konzernvorgaben steuert die Frankfurter Sparkasse ihre Liquidität eigenständig und meldet ihre Liquiditätsreports regelmäßig an das zentrale Liquiditätscontrolling.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten (Collateral-Management) erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stressszenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, fehlende Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stressszenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Für extreme Marktsituationen sind zudem Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Die Gelddisposition beziehungsweise die Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper), Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie durch einen möglichst liquiden Wertpapierhandelsbestand. Neben der Liquiditätssicherung dient der Wertpapierhandelsbestand auch der Erzielung von Erträgen durch Repo- und Arbitrageaktivitäten. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität, im Wesentlichen in Form von freien Collaterals, gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Szenarien abgebildet und auf 30 Tage limitiert werden. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz beträgt zum Bilanzstichtag 56 % (bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 63 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2009 bei 46 %. Limitüberziehungen liegen im gesamten Berichtszeitraum nicht vor.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2009 immer voll erfüllt. Die Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum Bilanzstichtag 1,50 (Mindestgröße 1,00).

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsbestandes und des Investmentportfolios sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cash-flow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet wurde, als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 0,7 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Rückgang um 0,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft betrug der Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien zum Jahresende 0,02 Mrd. USD (2008: 0,6 Mrd. USD).

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenario-rechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet. Durch die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten konnten auch 2009 in verschiedenen Marktsegmenten Störungen der Marktliquidität beobachtet werden.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen

Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

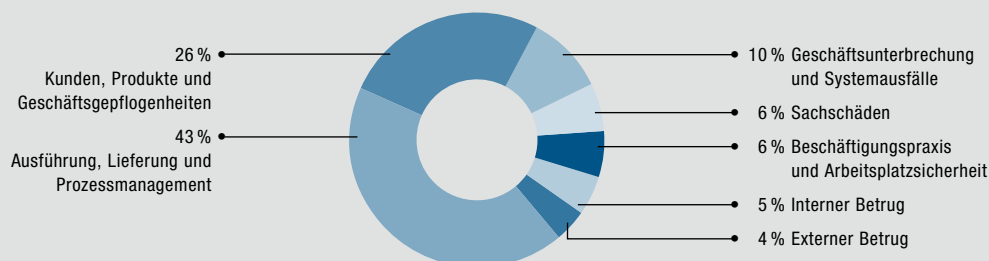
Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 8 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2009:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2009 nach Verlustereignissen – gesamt: 14,2 Mio. €

(Grafik 8)



Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

IT-Sicherheit und Ausfallplanung

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein den aufsichtsrechtlichen Anforderungen angemessenes internes Kontrollverfahren sowie angemessene Vorkehrungen für den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Durch ein IT-Security-Audit werden aufsichtsrechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit kontinuierlich an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht oder verbessert.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhalten IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards verfolgen das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und verfolgt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche der Helaba haben für ihre kritischen Geschäftsaktivitäten prozessbasierte Ausfallplanungen dokumentiert, die einer kontinuierlichen Weiterentwicklung sowie regelmäßigen Tests unterliegen. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes in Ausfallsituationen wird dadurch ermöglicht.

Für den auf die Finanz Informatik Technologie Service (vormals IZB Informatik-Zentrum) ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba werden andererseits aus den Abschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Abschluss (HGB) der Bank sowie der Konzernabschluss (IFRS) erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation,
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlüssaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis und weitere).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen sowie mit Erwartungen und Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach der Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereiches Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Von Bedeutung waren zum Bilanzstichtag in diesem Zusammenhang – mittelbar – zwei Klagen gegen die EU-Kommission vor dem Gerichtshof erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (EuGH), der die Bank als Streithelfer beigetreten ist. Sie betreffen die stillen Einlagen des Landes Hessen (Sondervermögen Wohnungsbauförderung und Zukunftsinvestitionen, 1998, sowie Hessischer Investitionsfonds, 2005), deren Vergütung die EU-Kommission als beihilferechtlich ordnungsgemäß gewertet hatte. Der Bundesverband deutscher Banken hat beide Kommissionsentscheidungen angegriffen. Im September 2008 fand für beide Verfahren die mündliche Verhandlung beim EuGH statt. Die Urteile des Gerichts wurden am 3. März 2010 verkündet. Die Klagen wurden in vollem Umfang abgewiesen.

Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Immobilienprojektierungsrisiken

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben.

Immobilienprojektierungsrisiken treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträrgeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf mehreren Stufen:

- Operative Steuerung – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung.
- Strategische Steuerung – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement.

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die operative und strategische Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument dient die viermal jährlich erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes.

Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Fonds-Platzierungsrisiken

Unter das Fonds-Platzierungsrisiko im weiteren Sinne fällt das gesamte Volumen der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds). Fonds-Platzierungsrisiken werden überwiegend in der Konzerngesellschaft HANNOVER LEASING KG beziehungsweise durch deren Tochtergesellschaften eingegangen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird auf die separate Ermittlung von Risikopotenzialen aus Fonds-Platzierungsrisiken verzichtet. Da die Helaba grundsätzlich die Eigenkapitalzwischenfinanzierung von Fonds während der Platzierungsphase bereitstellt und damit das Risiko einer Nichtplatzierung de facto eingeht, werden die Risikopotenziale bereits im Rahmen des Adressenausfallrisikos der Eigenkapitalzwischenfinanzierung in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Die Steuerung der Risiken aus Platzierungsverpflichtungen erfolgt anhand von Limiten für das Gesamtportfolio und einzelne Asset-Klassen. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Limitüberschreitungen.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit

und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungskategorie Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstandes und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Die Landesbank Hessen-Thüringen gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die aus eigener Kraft ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba in den letzten Jahren sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweite, auf Zukunftsfähigkeit angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region und dem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapitalausstattung.

Mit Ratings von „Aa2“, „A+“ und „A“ der Rating-Agenturen Moody's Investors Service, FitchRatings und Standard & Poor's für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie „P-1“, „F-1+“ und „A-1“ für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba unverändert über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die öffentlichen Pfandbriefe und Hypothekendarlehen, die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente, sind mit „AAA“-Ratings versehen. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren stand der Helaba auch während der Finanzmarktkrise der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba im Zuge der Finanzmarktkrise ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an veränderte Rahmenbedingungen und Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Für die Kernkapitalquote wird konzernweit ein Mindestziel von 7,5 % bis 8 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 12 % angestrebt. Mit einer Kernkapitalquote von 8,8 %, die nach Feststellung des Jahresabschlusses der Helaba auf 9,1 % steigt, und einer gesamten Eigenmittelquote von 13,5 % (nach Feststellung 13,8 %) wurden diese Zielwerte übertroffen.

International haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene CEBS Ende 2009 Vorschläge für neue aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten vorgelegt. Diese beziehen sich auf die Qualität und die Quantität der vorzuhaltenden Eigenkapitalien. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Als öffentlich-rechtliches, nicht börsennotiertes Kreditinstitut wird sich die Helaba in enger Abstimmung mit ihren Trägern frühzeitig auf das neue aufsichtsrechtliche Umfeld einstellen.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft.

Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich zukunftsgerichteten Konsolidierungsbemühungen im Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Großkundengeschäft tätige Kreditinstitute, auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba unverändert für strategische Ansätze offen, die betriebswirtschaftlich zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als integrierte Universalbank dienen.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken, die sich durch direkte und indirekte Verluste oder entgangene Gewinne infolge einer Verschlechterung der Reputation der Helaba auswirken können, werden von allen Fachbereichen berücksichtigt. Drohende Reputationsrisiken werden bei Identifikation umgehend dem Risikoausschuss berichtet.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank und ihrer Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung direkt wahrgenommen oder fachlich begleitet. Im Bedarfsfall werden externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und die Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden getroffen und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reportings für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Am 3. März 2010 hat der Europäische Gerichtshof (erste Instanz) zwei Klagen des Bundesverbandes deutscher Banken gegen die EU-Kommission durch Urteil in vollem Umfang abgewiesen. Die Klagen betrafen die stillen Einlagen des Landes Hessen (Sondervermögen Wohnungsbauförderung und Zukunftsinvestitionen, 1998, sowie Hessischer Investitionsfonds, 2005), deren Vergütung die EU-Kommission als beihilferechtlich ordnungsgemäß und damit marktkonform gewertet hatte. Das Gericht hat damit die Entscheidungen der Kommission zur Übertragung der Sondervermögen auf die Landesbank Hessen-Thüringen bestätigt.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Dank extrem expansiver Geldpolitik sowie umfangreicher Konjunkturpakete setzte die Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2009 zu einer konjunkturellen Erholung an. Die Rezession in den USA und im Euroraum ist überwunden. Der beginnende Aufschwung wird durch einen Lagerzyklus und den Nachholbedarf der Unternehmen nach einer starken Investitionszurückhaltung verstärkt. Mit dem Anspringen des Investitionszyklus entspannt sich wiederum die Lage am Arbeitsmarkt. Das globale Wachstum wird 2010 preisbereinigt bei rund 3,5 % liegen. Für die USA zeichnet sich 2010 ein BIP-Wachstum von rund 3 % ab. Die Eurozone wird voraussichtlich eine reale Wachstumsrate von 1,5 % erreichen. In den USA dürften der Schuldenabbau sowie eine höhere Ersparnis den Konsumausgaben Grenzen setzen. Im Euroraum treten die Unterschiede der Mitgliedsländer nach Jahren der Konvergenz wieder stärker zu Tage. So werden insbesondere die Mittelmeeranrainer aufgrund ihrer Strukturprobleme nicht annähernd an die deutschen Wachstumsraten heranreichen können.

Obwohl sich die US-Wirtschaft ebenso wie die Eurozone wieder auf einem Wachstumskurs befindet, dämpft vorerst noch die hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten die Kernteuerungsraten (ohne Lebensmittel und Energie). Bevor sich der Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen spürbar vergrößert, wird noch etwas Zeit vergehen. Allerdings wird die Gesamtteuerung aufgrund von Basiseffekten sowie des anziehenden Ölpreises 2010 wieder im positiven Bereich liegen. In den USA wird auf Jahressicht ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2 %, im Euroraum um gut 1,5 % erwartet.

Es wird erwartet, dass international die US-Notenbank Federal Reserve als Erste im Laufe dieses Jahres ihre Nullzinspolitik sukzessive zurücknehmen wird. Bei zunehmender Festigung der konjunkturellen Lage wird ein Krisenzins nahe 0 % nicht mehr angemessen sein. Die Europäische Zentralbank wird erst nach der US-Federal Reserve eine geldpolitische Wende einleiten.

Die Kapitalmarktentwicklung wird 2010 vom Wechsel zwischen zyklischen Chancen und strukturellen Risiken geprägt sein. Aktien-, Renten- und Devisenmärkte dürften dementsprechend von diesen Wechseln bestimmt sein und einer hohen Volatilität unterliegen. Die Schuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone belastet zu Jahresanfang 2010 den Euro.

Der europäische Rentenmarkt stand zu Jahresbeginn 2010 im Zeichen der Strukturprobleme einiger Länder im Euroraum. Die Risikoaufschläge (Spreads) am Rentenmarkt weiteten sich aus, zehnjährige Bundesanleihen waren gesucht, während die Staatsanleihen der Mittelmeeranrainer und Irlands unter Abgabedruck gerieten. Mit einer Einengung dieser Spreads ist erst zu rechnen, wenn sich die Risikoaversion an den Märkten wieder zurückbildet.

Als Folge der Finanzkrise hat sich das Trendwachstum in den USA und im Euroraum verlangsamt. Für 2011 zeichnet sich somit wieder eine schwächere Wachstumsdynamik in beiden Wirtschaftsräumen ab. Insbesondere im Euroraum dürfte die Fiskalpolitik einen spürbaren Konsolidierungskurs einlegen. Die EZB wird diesen Konsolidierungskurs mit ihrer Geldpolitik flankieren.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Im Zuge dieser Prozesse werden Bilanzsummen, Risikoaktiva und Beschäftigtenzahlen deutlich reduziert, zahlreiche Standorte im In- und Ausland geschlossen sowie wesentliche Beteiligungen im Banken- und Nichtban-

kenbereich veräußert. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

International haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene CEBS Ende 2009 Vorschläge für neue aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten vorgelegt. Diese beziehen sich auf die Qualität und die Quantität der vorzuhaltenden Eigenkapitalien. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Mit den wesentlichen Umsetzungsmaßnahmen ist ab 2011 zu rechnen. Je nach Ausgestaltung und Dauer der zeitlichen Übergangsphasen werden die neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsstruktur und Rentabilität an den Bankenmärkten haben. Als öffentlich-rechtliches, nicht börsennotiertes Kreditinstitut wird sich die Helaba in enger Abstimmung mit ihren Trägern frühzeitig auf das neue aufsichtsrechtliche Umfeld einstellen. Die Hessische Landesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm von Mitte Februar 2009 ihre Bereitschaft erklärt, zur weiteren Stärkung der Kernkapitalbasis der Helaba Mittel aus dem bei einer Klarstellungsvereinbarung zum Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“ Ende 2008 ermittelten Ausgleichsbetrag als Eigenmittel der Bank zuzuführen.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Wholesale-Geschäft tätige Kreditinstitute, beispielsweise auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba deshalb grundsätzlich für strategische Ansätze offen, die zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als Universalbank dienen.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Die immer noch andauernde Finanzmarktkrise bestimmt weiterhin die Rahmenbedingungen an den Märkten. Für 2010 erwartet die Helaba dennoch eine weitere Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsüberschuss wird voraussichtlich mehr als 1 Mrd. € betragen. Die Risikovorsorge wird auch 2010 noch auf einem hohen Niveau liegen, da sich auch in diesem Jahr weitere Ausfälle und Bonitätsverschlechterungen infolge der Krise niederschlagen werden.

Im Neugeschäft wird die Helaba Marktopportunitäten wie im Vorjahr selektiv nutzen. Im Jahr 2010 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft der Helaba (Einzelinstitut) auf ca. 11 Mrd. € begrenzt. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge des Neugeschäftes werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. In diesen Geschäftsfeldern wurden leichte Bestandsvolumenzuwächse geplant. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden aufgrund der wieder funktionierenden Kapitalmärkte gegenüber den erzielbaren Margen im Jahr 2009 insgesamt niedriger erwartet.

Für das Kapitalmarktgeschäft wird für 2010 mit einem Ergebnis auf Normalniveau gerechnet. Die Überschreitung dieses Niveaus ist möglich und hängt wesentlich von der Höhe der Wertaufholungseffekte

ab, die sich auch 2010 als Ergebnis der andauernden Marktnormalisierungen im Nachlauf der Finanzmarktkrise zeigen werden. Die Bestände des Handelsbuches werden reduziert und die Risikoaktiva strikt begrenzt.

Im Asset Management wird vom Anziehen des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes ausgegangen. Dies wird sich in einer Steigerung des Provisionsüberschusses niederschlagen.

In der Sparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in Hessen und Thüringen im Rahmen des „Neuen Verbundkonzeptes“ kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2010 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Auch bundesweit wird die bei zahlreichen Verbundprodukten bestehende gute Marktposition als Verbundpartner im Eigen- und Kundengeschäft der Sparkassen weiter ausgebaut mit der Zielsetzung, die Helaba, auch unter Einbindung ihrer Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und LB(Swiss) Privatbank AG, zu einem bevorzugten Verbundpartner fortzuentwickeln.

Im Geschäftsfeld Frankfurter Sparkasse werden Ertragssteigerungen im Wesentlichen auf dem Gebiet des Vermögensvorsorge- und Wertpapiergeschäftes geplant. Es wird von einem moderaten Anstieg des kundenbezogenen bereinigten Zinsergebnisses infolge von Margenausweitungen ausgegangen. Für das Provisionsergebnis wird ebenfalls von einer leichten Steigerung ausgegangen. Damit ist mit dem Anstieg des operativen Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ ist 2009 mit der Gründung der WIBank ein strategischer Schritt vollzogen worden. Die Stärkung des Geschäftsmodells geht mit einem steigenden Ergebnisbeitrag 2010 einher.

Der Sachaufwand wird 2010 mit ca. 1,1 Mrd. € bedingt durch die ganzjährige Berücksichtigung der verschmolzenen Investitionsbank Hessen und der einbezogenen LB(Swiss) Privatbank AG geringfügig über dem Niveau des Vorjahres liegen. Für den Personalbestand der Helaba ist keine Veränderung gegenüber 2009 vorgesehen.

Das Ergebnis vor Steuern wird 2010 auf Vorjahresniveau erwartet.

Für 2011 wird von der Fortsetzung des Trends auf dem Niveau des Jahres 2010 ausgegangen. Dabei werden die Wertaufholungseffekte mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer als 2010 ausfallen. Weiterhin ist ab 2011 mit einer rückläufigen Risikovorsorge zu rechnen.

Gesamtaussage

Wie bereits in den Vorjahren hat sich auch im Geschäftsjahr 2009 gezeigt, dass trotz sehr volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten „Großkundengeschäft“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ eine solide Grundlage für stabile Erträge mit Wachstumspotenzial darstellt. Das konjunkturbedingt hohe Niveau der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kann durch noch vorhandene Wertaufholungspotenziale im Wertpapierbestand und eine Verbesserung der operativen Ergebnisqualität, die durch eine strategische Fokussierung in den Kerngeschäftsfeldern unterstützt wird, kompensiert werden. Die sich abzeichnenden neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen bleiben eine Herausforderung für die Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 16. März 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

KONZERNABSCHLUSS

050	Inhaltsübersicht
054	Gewinn- und Verlustrechnung
055	Gesamtergebnisrechnung
056	Bilanz
058	Eigenkapitalveränderungsrechnung
059	Kapitalflussrechnung
061	Anhang (Notes)
163	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
164	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Inhaltsübersicht

Gewinn- und Verlustrechnung	054
Gesamtergebnisrechnung	055
Bilanz	056
Eigenkapitalveränderungsrechnung	058
Kapitalflussrechnung	059
Anhang (Notes)	061
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	
(1) Allgemeine Angaben	061
(2) Konsolidierungskreis	063
(3) Konsolidierungsgrundsätze	069
(4) Finanzinstrumente	071
(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	073
(6) Strukturierte Produkte	074
(7) Finanzgarantien	075
(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	075
(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	076
(10) Währungsumrechnung	077
(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	077
(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	078
(13) Sachanlagen	079
(14) Immaterielle Vermögenswerte	080
(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	080
(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	081
(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	081
(18) Andere Rückstellungen	082
(19) Ertragsteuern	083
(20) Nachrangkapital	083
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	
(21) Zinsüberschuss	084
(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	085
(23) Provisionsüberschuss	085
(24) Handelsergebnis	086
(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option	086
(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	087
(27) Ergebnis aus Finanzanlagen	087
(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	088
(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis	089
(30) Verwaltungsaufwand	090
(31) Ertragsteuern	091
(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	092
(33) Segmentberichterstattung	094

Erläuterungen zur Bilanz

(34) Barreserve	099
(35) Forderungen an Kreditinstitute	099
(36) Forderungen an Kunden	099
(37) Risikovorsorge	100
(38) Handelsaktiva	102
(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	102
(40) Finanzanlagen	103
(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	106
(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	108
(43) Sachanlagen	109
(44) Immaterielle Vermögenswerte	112
(45) Ertragsteueransprüche	113
(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	115
(47) Sonstige Aktiva	115
(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	115
(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	116
(50) Verbriefte Verbindlichkeiten	117
(51) Handelspassiva	117
(52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	117
(53) Rückstellungen	118
(54) Ertragsteuerverpflichtungen	121
(55) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Abgangsgruppen	122
(56) Sonstige Passiva	123
(57) Nachrangkapital	123
(58) Eigenkapital	123

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Sicherheitsleistungen	125
(60) Nachrangige Vermögenswerte	126
(61) Fremdwährungsvolumina	126
(62) Restlaufzeitengliederung	127
(63) Derivative Geschäfte	128
(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien	130
(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	133
(66) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten	137
(67) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value Option	138
(68) Angaben zur Emissionstätigkeit	138
(69) Angaben zum Risikomanagement	139
(70) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten	139

Außerbilanzielles Geschäft

(71) Außerbilanzielle Verpflichtungen	141
(72) Volumen der verwalteten Fonds	141
(73) Treuhandgeschäfte	141

Sonstige Angaben

(74) Sonstige Verpflichtungen	143
(75) Angaben zum Leasinggeschäft	144
(76) Patronatserklärungen	145
(77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen	146
(78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen	147
(79) Honorare des Abschlussprüfers	149
(80) Angaben zu Arbeitnehmern	150
(81) Mitglieder des Verwaltungsrates	151
(82) Kreditausschuss des Verwaltungsrates	153
(83) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates	154
(84) Mitglieder des Vorstandes	155
(85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	156
(86) Aufstellung der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochtergesellschaften und at Equity bewerteten Unternehmen	158

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	Notes	2009	2008 ¹⁾	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		5.851	6.757	-906	-13,4
Zinsaufwendungen		-4.822	-5.710	888	15,6
Zinsüberschuss	(4), (21)	1.029	1.047	-18	-1,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	-487	-66	-421	>-100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		542	981	-439	-44,8
Provisionserträge		349	339	10	2,9
Provisionsaufwendungen		-122	-123	1	0,8
Provisionsüberschuss	(23)	227	216	11	5,1
Handelsergebnis	(4), (24)	315	-328	643	>100,0
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option	(4), (5), (25)	52	-184	236	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	40	-14	54	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	-38	-42	4	9,5
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	20	18	2	11,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	210	354	-144	-40,7
Verwaltungsaufwand	(30)	-1.025	-1.055	30	2,8
Ergebnis vor Steuern		343	-54	397	>100,0
Ertragsteuern	(19), (31)	-80	11	-91	>-100,0
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen		263	-43	306	>100,0
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(15), (32)	60	-1	61	>100,0
Konzernjahresergebnis		323	-44	367	>100,0
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-1	1	-2	>-100,0
davon den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		324	-45	369	>100,0

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	Notes	2009	2008	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung		323	- 44	367	>100,0
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		- 105	- 203	98	48,3
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)		38	42	- 4	- 9,5
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen					
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne (+)/Verluste (-) aus at Equity bewerteten Unternehmen		- 8	- 11	3	27,3
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)		9	-	9	-
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		- 1	12	- 13	>- 100,0
Bei Abgang in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)		-	-	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	(53)	- 2	50	- 52	>- 100,0
Sonstiges Ergebnis vor Steuern		- 69	- 110	41	37,3
Ertragsteuern auf nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Gewinne/Verluste	(31)	27	5	22	>100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		- 42	- 105	63	60,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode		281	- 149	430	>100,0
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		- 1	1	- 2	>- 100,0
davon den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		282	- 150	432	>100,0

Bilanz

zum 31. Dezember 2009

AKTIVA

	Notes	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(34)	659	813	-154	-18,9
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (35)	14.819	17.062	-2.243	-13,1
Forderungen an Kunden	(4), (36)	87.468	90.957	-3.489	-3,8
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (37)	-1.188	-1.040	-148	-14,2
Handelsaktiva	(4), (38)	42.805	51.487	-8.682	-16,9
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (39)	3.374	4.097	-723	-17,6
Finanzanlagen	(4), (40)	16.733	15.966	767	4,8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (41)	68	240	-172	-71,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (42)	2.582	1.748	834	47,7
Sachanlagen	(13), (43)	755	771	-16	-2,1
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (44)	203	187	16	8,6
Ertragsteueransprüche	(19), (45)	428	456	-28	-6,1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	(15), (46)	18	626	-608	-97,1
Sonstige Aktiva	(16), (47)	1.177	1.202	-25	-2,1
Summe Aktiva		169.901	184.572	-14.671	-7,9

PASSIVA

	Notes	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (48)	33.214	33.965	- 751	- 2,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (49)	41.891	41.884	7	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (50)	38.505	40.601	- 2.096	- 5,2
Handelspassiva	(4), (51)	42.112	53.469	- 11.357	- 21,2
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (52)	2.849	3.400	- 551	- 16,2
Rückstellungen	(17), (18), (53)	1.098	1.017	81	8,0
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (54)	191	275	- 84	- 30,5
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Abgangsgruppen	(15), (55)	-	116	- 116	- 100,0
Sonstige Passiva	(16), (56)	618	641	- 23	- 3,6
Nachrangkapital	(20), (57)	4.525	4.529	- 4	- 0,1
Eigenkapital	(58)	4.898	4.675	223	4,8
Gezeichnetes Kapital		477	477	-	-
Stille Einlagen		1.920	1.920	-	-
Kapitalrücklage		658	643	15	2,3
Gewinnrücklagen		2.049	1.798	251	14,0
Neubewertungsrücklage		- 196	- 168	- 28	- 16,7
Rücklage aus der Währungsumrechnung		- 7	- 4	- 3	- 75,0
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		- 3	9	- 12	>- 100,0
Summe Passiva		169.901	184.572	- 14.671	- 7,9

Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital

Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital

Summe Eigenkapital

	Gezeichnetes Kapital	Stille Einlagen	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neue-wertungs-rücklage	Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Zwischen-summe		
in Mio. €									
Eigenkapital zum 31.12.2007	477	1.920	643	1.891	- 14	- 16	4.901	5	4.906
Veränderungen im Konsolidierungskreis				- 14			- 14	2	- 12
Kapitalerhöhung							-	2	2
Dividendenzahlung				- 43			- 43	- 1	- 44
Bedienung stille Einlagen				- 28			- 28		- 28
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				- 8	- 154	12	- 150	1	- 149
Eigenkapital zum 31.12.2008	477	1.920	643	1.798	- 168	- 4	4.666	9	4.675
Veränderungen im Konsolidierungskreis				- 20			- 20	- 14	- 34
Kapitalerhöhung			15				15	3	18
Dividendenzahlung				- 14			- 14		- 14
Bedienung stille Einlagen				- 28			- 28		- 28
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				313	- 28	- 3	282	- 1	281
Eigenkapital zum 31.12.2009	477	1.920	658	2.049	- 196	- 7	4.901	- 3	4.898

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	Mio. €	
	2009	2008
Jahresüberschuss	323	- 44
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	780	352
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	168	147
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	- 869	- 4.895
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	- 9	- 26
Zwischensumme	393	- 4.466
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.259	- 1.268
Forderungen an Kunden	2.302	- 8.881
Handelsaktiva/-passiva	- 2.824	1.546
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 1.012	- 1.089
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.916	2.151
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	237	3.852
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 2.045	6.414
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 633	- 117
Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.953	7.146
Gezahlte Zinsen	- 4.918	- 5.677
Ertragsteuerzahlungen	- 100	- 90
Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit	528	- 479
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	3.829	5.418
Sachanlagevermögen	125	107
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	24	70
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	- 4.574	- 4.133
Sachanlagevermögen	- 114	- 131
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	- 79	- 192
Immaterielle Vermögenswerte	- 18	- 17
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochterunternehmen	- 43	- 6
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochterunternehmen	200	69
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	- 650	1.185

	Mio. €	
	2009	2008
Dividendenzahlungen	- 14	- 43
Bedienung stille Einlagen	- 28	- 28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	- 9	- 198
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	- 51	- 269
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	813	376
Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit	528	- 479
Cash-flow aus Investitionstätigkeit	- 650	1.185
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	- 51	- 269
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	19	0
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	659	813
davon:		
Kassenbestand	66	72
Guthaben bei Zentralnotenbanken	593	741

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen.

Der Cash-flow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochterunternehmen.

Als Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2009 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2009 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2009 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind, von der Helaba verpflichtend anzuwenden:

- Änderungen zu IFRS 1 und IAS 27: Anschaffungskosten einer Beteiligung an einem Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen,
- Änderungen zu IFRS 7: verbesserte Angaben zu Finanzinstrumenten,
- Änderungen zu IAS 1: Darstellung des Abschlusses (überarbeitet 2007),
- Änderungen zu IAS 23: Fremdkapitalkosten,
- Änderungen zu IAS 32 und IAS 1: kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen,
- Änderungen zu IFRIC 9 und IAS 39: eingebettete Derivate,
- IFRIC 14: IAS 19 – die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung,
- Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2008.

IFRS 8 Geschäftssegmente, der ebenfalls im Geschäftsjahr 2009 erstmals verpflichtend anzuwenden war, wurde bereits im Vorjahr freiwillig angewendet.

Die Anwendung dieser Standards und Interpretationen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die überarbeiteten Fassungen von IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse und IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse wurden im Geschäftsjahr 2009 bereits vor dem Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung freiwillig berücksichtigt. Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Sie werden mit

Ausnahme von IFRS 9 Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teils eines dreiphasigen Projektes zur Ersetzung von IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten eingeführt. Die Vorschriften müssen ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden; eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Schulden, die Ausbuchung von Finanzinstrumenten, Wertminderungen und die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen zu ergänzen. Bis Ende 2010 soll IFRS 9 vollständig für eine Ersetzung von IAS 39 zur Verfügung stehen.

Anpassung der Vorjahreszahlen

Im Vorjahr wurden in dem GuV-Posten Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen die Ergebnisbeiträge der zur Veräußerung gehaltenen Immobilienbestände, die aus Erwerben oder Projektierungsmaßnahmen stammen und für Zwecke einer Weiterveräußerung oder Platzierung im Rahmen des Fondsgeschäftes vorgesehen waren und bei denen die Voraussetzungen des IFRS 5 hinreichend konkretisiert waren, ausgewiesen. Durch die Finanzmarktkrise hat sich die Veräußerung bei einigen Objekten über den Zeitraum von einem Jahr hinaus verzögert und das Management geht nicht mehr von einer kurzfristigen Veräußerung aus. Damit sind die Voraussetzungen für eine Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten nicht mehr erfüllt. Das Ergebnis dieser Objekte, das im Vorjahr im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen wurde, ist umzugliedern und für alle dargestellten Berichtsperioden in die Erträge und Aufwendungen aus fortgeführten Geschäftsbereichen einzubeziehen. Durch die Umgliederung verringerte sich das sonstige betriebliche Ergebnis im Vorjahr um 1 Mio. €, während sich das Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen um 1 Mio. € verbesserte. Die Beträge für vorangegangene Berichtsperioden werden mit dem Hinweis versehen, dass es sich um angepasste Beträge handelt.

Der Ausweis der Vermögensgegenstände und Schulden dieser Objektgesellschaften im Bilanzposten zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen (siehe Anhangangabe (46)) beziehungsweise im Posten Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Abgangsgruppen (siehe Anhangangabe (55)) wurde aufgegeben und die Vermögensgegenstände und Schulden entsprechend umgliedert. Die Bilanzwerte für vorangegangene Berichtsperioden sind gemäß IFRS 5 nicht anzupassen.

Im Vorjahr wurden Aufwendungen für Dienstleistungen aus der Konzeption geschlossener Fonds für Dritte in Höhe von 10 Mio. € in den Provisionsaufwendungen ausgewiesen. In diesem Jahr werden sie in den Verwaltungsaufwendungen gezeigt. Ebenso wurden im Vorjahr Erträge in Höhe von 6 Mio. € in den Provisionserträgen ausgewiesen. In diesem Jahr werden sie im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst (siehe Anhangangaben (23), (29) und (30)).

Aus der Anpassung von Vorjahreszahlen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis und auf das Eigenkapital.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2009 aufgestellt. Auch

in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2009. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen für Pensionen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 164 (2008: 158) Unternehmen. Es werden 136 (2008: 125) Gesellschaften, an denen die Helaba direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder in denen sie einen beherrschenden Einfluss ausübt, durch Vollkonsolidierung und 28 (2008: 33) Gesellschaften im Wege der Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis 2009 resultieren überwiegend aus den Unternehmensgruppen OFB und HANNOVER LEASING.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Veränderungen in der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING:

Zugänge

CADUCEUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
DULCINEA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
HANNOVER LEASING Sun Invest 3 Italien GmbH & Co. KG, Pullach	Gründung
HERMANUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
ORYX Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
Palladium Praha s. r. o., Prag, Tschechien	Anteilsverkauf im Oktober 2007 durch die Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG als Zweckgesellschaft
Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Gründung
SCABIOSA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
SELINUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Gründung
YUCATAN Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Gründung
ZODIAK Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung

Abgänge

DIV Grundbesitzanlage Immobilienfonds Hessen KG i. L., Frankfurt am Main	Reduktion der Geschäftstätigkeit
ECLIPSIS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile, Bewertung at Equity für die verbliebenen Anteile
Harbour Office – Objekt Schifferstraße Duisburg GmbH & Co. KG, Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Europa III GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Europa III GmbH & Co. KG, Pullach	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Europa Managementgesellschaft mbH, Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
HeWiPPP GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile, Bewertung at Equity für die verbliebenen Anteile
INDICTUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile
KOWAC S. A., Luxemburg	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile
OLIBANUM Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG i. L., Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
PENTAGO Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
SOLDANELLA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
SunTechnic Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Leasing KG i. L., Pullach	Reduktion der Geschäftstätigkeit
VOLTAIRE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Mehrheitliche Vermarktung der Anteile

Veränderungen in der Unternehmensgruppe OFB:

Zugänge	
AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	Anteilserwerb im Januar 2009
Projektgesellschaft ehem. JVA Erfurt mbH & Co. KG, Erfurt	Gründung
Abgänge	
Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Veräußerung der Anteile

Veränderungen in der Unternehmensgruppe GWH:

Zugänge	
G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	Gründung
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Gründung

Sonstige Veränderungen:

Zugänge	
TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	Gründung
Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung
LHT TCW LLC, LHT MSIP LLC, LHT Power Three LLC, LHT TPF II LLC, jeweils Wilmington, USA	Gründung
LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	Zugang durch Erwerb weiterer Anteile an der LB(Swiss) Privatbank AG
LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz	Erwerb weiterer Anteile im Dezember 2009 und Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
Abgänge	
HI-Global Markets Long/Short-Fonds, HI-Renten Emerging Markets-Fonds, jeweils Frankfurt am Main	Mehrheitliche Vermarktung der Fondsanteile

Die Veränderungen in den Konsolidierungskreisen bei den Unternehmensgruppen HANNOVER LEASING und OFB resultieren aus der laufenden Geschäftstätigkeit und Projektierungen sowie erfolgten Vermarktungen. Ein weiterer Zugang zum Konsolidierungskreis ist durch den zusätzlichen Anteilserwerb von 50 % der vormals mit 50 % at Equity bewerteten LB(Swiss) Privatbank AG bedingt. Nach der Verschmelzung auf die LTH – Bank für Infrastruktur zur Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) werden ab dem 1. September 2009 die Vermögenswerte und Schulden der Investitionsbank Hessen vollständig einbezogen. Die Investitionsbank Hessen wurde bislang mit einer Beteiligungsquote von 50 % at Equity bewertet. Aus den erstmaligen Konsolidierungen resultierten insgesamt zum 31. Dezember 2009 als Firmenwerte bilanzierte Unterschiedsbeträge in Höhe von 45 Mio. € sowie 16 Mio. € erfolgswirksam vereinnahmte passive Unterschiedsbeträge. Aus dem Erwerb weiterer 4,8 %

(Anschaffungskosten in Höhe von 9 Mio. €) an der bereits bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG ergab sich ein Eigenkapitaleffekt in Höhe von –9 Mio. €.

Bei vier Objektgesellschaften aus dem Bereich Mobilienleasing entstanden zum 31. Dezember 2009 aufgrund von Veränderungen der Finanzierungsstruktur mehrheitlich dem Konzern zuzuordnende Chancen- und Risiken-Profile aus den Objekten, die zur Platzierung in Form geschlossener Fonds vorgesehen sind. Entsprechend war ein Übergang von der Bewertung at Equity zur Vollkonsolidierung zum 31. Dezember 2009 und nach IAS 27 ein Wertansatz der Vermögenswerte zum Zeitwert vorzunehmen.

Bei einer Immobilienprojektierung im Ausland (Objekt Palladium) ergaben sich zum 31. Dezember 2009 nach dem Wechsel eines Mitgesellschafters und Veränderungen in der Finanzierungsstruktur eine überwiegende Zuordnung von Risiken und Chancen der Objektgesellschaft und der übergeordneten Zwischenholding zum Konzern. Entsprechend wurde zum 31. Dezember 2009 eine Einbeziehung im Wege der Vollkonsolidierung vorgenommen. Aus der Kapitalkonsolidierung der im Wege einer Unternehmensgründung erworbenen Anteile in Höhe von 20 % an der Holdinggesellschaft und der Vollkonsolidierung der Holdingstruktur und der Objektgesellschaft zu Zeitwerten zum 31. Dezember 2009 resultierte ein Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 122 Mio. €. Der Erwerb von 83 % an der Objektgesellschaft durch die Zwischenholding Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG erfolgte 2007 zum damaligen Zeitwert von 16 Mio. €. Auf Basis aktueller Wertermittlungen für die die wirtschaftlichen Verhältnisse der Projektstruktur prägenden Immobilie und einer Ertragswertschätzung unter Einbeziehung steuerlicher Effekte ist zum 31. Dezember 2009 ein Firmenwert in Höhe von 45 Mio. € werthaltig.

Aus den von der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG gehaltenen Anteilen an der ZODIAK Verwaltungsgesellschaft mbH (20%) und den weiteren Buchwerten und Eigenkapitalien der nachgeordneten Gesellschaften (CADUCEUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG und Palladium Praha s. r. o.) errechnen sich folgende Kapitalkonsolidierungseffekte:

Anschaffungswerte der ZODIAK Verwaltungsgesellschaft mbH, CADUCEUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG und Palladium Praha s. r. o.	16
Anteiliges Nettovermögen zu Zeitwerten	– 106
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	122
Wesentliche Komponenten des Nettovermögens zu Zeitwerten (gemäß Ausweis im Konzern nach IFRS)	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	485
Sonstige aktive Positionen	91
Bilanzsumme	576
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	525
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	44
Ertragsteuerverpflichtungen	45
Sonstige Passiva	70
Eigenkapital	– 120
davon: auf Dritte entfallend	(– 14)
Sonstige passive Positionen	12

Die Entkonsolidierungsfälle der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING nach erfolgten Abverkäufen oder der überwiegenden Vermarktung von geschlossenen Fonds führten zu saldierten Ergebnissen aus den Abgängen in Höhe von 64 Mio. € im Konzern. Die Entkonsolidierungsergebnisse betreffen im Wesentlichen ein im Wege eines Immobilienfonds 2009 platziertes Immobilienprojekt im Ausland

(KOWAC S.A.; insgesamt 36 Mio. €) sowie den Übergang zur Bewertung at Equity zum 31. Dezember 2009 bei einem inländischen Immobilienprojekt, dessen Vermarktungsstand zum 31. Dezember 2009 über 50 % lag (ECLIPSIS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG und HeWIPPP GmbH & Co. KG; insgesamt 28 Mio. €). Nach IAS 27 war für die beiden nach Entkonsolidierung at Equity zu bewertenden Gesellschaften ein Wertansatz zum Zeitwert vorzunehmen. Die hohen Entkonsolidierungserfolge resultieren insbesondere daraus, dass in Vorjahren durch IFRS-spezifische Bewertungen sowie Konsolidierungsmaßnahmen entsprechende Belastungen entstanden sind. Aus dem Kreis der vollkonsolidierten Gesellschaften der OFB-Gruppe schied die Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG per 31. Mai 2009 mit einem Entkonsolidierungsgewinn in Höhe von 14 Mio. € aus.

Im direkten Anteilsbesitz der Bank ergab sich im Zuge der Entflechtung des gemeinsamen Anteilsbesitzes mit der Bayerischen Landesbank durch Kauf weiterer Anteile zum 21. Dezember 2009 ein Übergang von der Bewertung at Equity zur Vollkonsolidierung der LB(Swiss) Privatbank AG sowie eine erstmalige Vollkonsolidierung deren Tochtergesellschaft LB(Swiss) Investment AG. Aus dem Zeitwertansatz der ursprünglichen Beteiligung an der LB(Swiss) Privatbank AG nach IFRS resultierte ein negativer Effekt in Höhe von 2 Mio. € (unter Berücksichtigung von bislang erfolgsneutralen Bewertungselementen in Höhe von 4 Mio. €), der durch den erfolgswirksam vereinnahmten passiven Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 10 Mio. € überkompensiert wird.

Nach dem Erwerb weiterer 50 % der Anteile der Bank an der LB(Swiss) Privatbank AG zum 21. Dezember 2009 war folgende Kapitalkonsolidierung der bislang at Equity bewerteten Gesellschaft vorzunehmen:

Anschaffungswerte aus Kaufpreis und Zeitwert der bisherigen Anteile insgesamt (davon 43 Mio. € aus dem Erwerb 2009)	86
Anteiliges Nettovermögen zu Zeitwerten	96
Passiver Unterschiedsbetrag	10
Wesentliche Komponenten des Nettovermögens zu Zeitwerten (gemäß Ausweis im Konzern nach IFRS)	
Forderungen an Kreditinstitute	70
Forderungen an Kunden	794
Finanzanlagen	188
Sonstige aktive Positionen	18
Bilanzsumme	1.070
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	730
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	226
Eigenkapital	96
Sonstige passive Positionen	18

Durch Verschmelzung der Investitionsbank Hessen als ehemals at Equity bewerteter Beteiligung auf die LTH – Bank für Infrastruktur zur Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen sind ab dem 1. September 2009 die Vermögenswerte und Schulden der ehemaligen Investitionsbank Hessen als Teil der Bank im Konzern vollständig enthalten. Mit der Verschmelzung wurde eine Bündelung und Optimierung der Fördergeschäftsaktivitäten in Hessen erreicht. Aus dem Übergang von der Bewertung at Equity zur Vollkonsolidierung resultierte ein Ergebnis in Höhe von 6 Mio. €. In diesem Zusammenhang ist eine Belastung in Höhe von 8 Mio. € zu sehen, die aus der Ablösung von Umlageverpflichtungen aus der Altersversorgung der Investitionsbank Hessen resultiert und im Ergebnis aus der Bewertung at Equity enthalten ist.

Aus dem Zugang von weiteren 50 % an der ehemaligen Investitionsbank Hessen errechnen sich nachfolgende Kapitalkonsolidierungseffekte:

Anschaffungswerte	4
Anteiliges Nettovermögen zu Zeitwerten nach vorheriger Entflechtung des Mitgesellschafters	10
Passiver Unterschiedsbetrag	6
Wesentliche Komponenten des Nettovermögens zu Zeitwerten (gemäß Ausweis im Konzern nach IFRS)	
Forderungen an Kreditinstitute	918
Forderungen an Kunden	407
Finanzanlagen	77
Sonstige aktive Positionen	14
Bilanzsumme	1.416
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.351
Eigenkapital	10
Sonstige passive Positionen	55

Bei den at Equity bewerteten Unternehmensanteilen waren 2009 folgende Zugänge und Abgänge zu verzeichnen:

Veränderungen in der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING:

Zugänge

ECLIPSIS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Bewertung at Equity der verringerten Anteilsquote
HeWiPPP GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Bewertung at Equity der verringerten Anteilsquote

Abgänge

MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung

Veränderungen in der Unternehmensgruppe OFB:

Zugänge

Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Köln	Gründung
gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	Gründung

Abgänge

Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Hofgeismar	Veräußerung der Anteile
Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Hofgeismar	Veräußerung der Anteile

Sonstige Veränderungen:

Abgänge

Banque LBLux S. A., Luxemburg	Veräußerung der Anteile
Investitionsbank Hessen, Frankfurt am Main	Verschmelzung auf die Helaba
LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz	Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung

Im Zuge der Entflechtung des gemeinsamen Anteilsbesitzes mit der Bayerischen Landesbank wurde die Beteiligung der Bank an der Banque LBLux S.A. am 21. Dezember 2009 veräußert. Aus der Beendigung der Bewertung at Equity der Banque LBLux S.A. resultierte ein Veräußerungsgewinn im Konzern in Höhe von 25 Mio. €.

Bei 293 Tochterunternehmen, 15 gemeinschaftlich geleiteten und 60 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (86) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC 12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2009.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach entsprechender Prüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung als „auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital“ beziehungsweise „konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteils erwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und des beizulegenden Zeitwertes ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Wertes oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden diese abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Wertes (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang der Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV), designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die zum Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handels-

zwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagement-Strategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen, die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage angepasst. Der Wertminderungsbetrag (Impairment) wird im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen.

Die Zinserträge aus Wertpapieren, einschließlich amortisierter Agien und Disagien, sowie Dividenden-erträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt der Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäftes durch die des Sicherungsinstrumentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80% und 125% bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäftes über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten positive beziehungsweise negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, führen die Wertänderungen des Grundgeschäftes, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwertes des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstrumentes erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cash-flow-Hedges werden bisher nur von einem assoziierten Unternehmen genutzt, das im Immobiliensektor tätig ist. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair Value-Änderung des Sicherungsinstrumentes wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Dies führt zu einer erfolgsneutralen Fortschreibung des Equity-Buchwertes (siehe Anhangangabe (58)).

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designed sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert, oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstrumentes nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert Null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrages überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartigen Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgeltes an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestandes ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere gegen Entgelt für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Das juristische Eigentum an den Wertpapieren verbleibt im Gegensatz zu Wertpapierpensionsgeschäften beim Verleiher. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Die Bilanzierung erfolgt analog zu den echten Wertpapierpensionsgeschäften. Während verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung von entliehenen Wertpapieren.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter dem Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr 2009 nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetäre und nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtages in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder der Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebes in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- Ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,
- Bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cash-flows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cash-flows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrages. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Diese resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cash-flows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cash-flows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet. Dies betrifft Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- Wohn- und Geschäftshäuser 60–80 Jahre
- Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser 40–60 Jahre
- Spezialimmobilien 20–60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstige direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (42) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- Gebäude 40–60 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 2–25 Jahre
- Leasinggegenstände 5–15 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Dabei wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerte der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragserwartungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und der Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten. Das Fortbestehen dieser Wahrscheinlichkeit und die Überprüfung des Nettoveräußerungswertes erfolgt zu jedem Abschlussstichtag.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögensgegenstände nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwertes und dem erzielbaren Nettoveräußerungswert.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten im Wesentlichen Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Diese umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Eine Ausnahme stellt eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte und als Rückstellung angesetzte Zusage dar. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit.

Die in Deutschland angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2009	31.12.2008
Zinssatz	6,00 %	5,75 %
Gehaltstrend	1,00 %	2,00 %
Rententrend	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,25 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,00 % – 6,34 %	4,00 % – 6,50 %

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Abweichungen zwischen den früheren versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden in Ausübung des Wahlrechtes des IAS 19 erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Dienstzeitaufwand und den Zinsaufwand. Der Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Pensionsaufwand wird um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen vermindert. Sowohl der Zinsaufwand als auch die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen sind im Zinsüberschuss enthalten.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart, Steuerbehörde und Fristigkeit saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbrieft und unverbrieft nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Grundsätzlich werden die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente als Verbindlichkeiten klassifiziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €	2009	2008
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.056	5.134
festverzinslichen Wertpapieren	334	720
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	379	165
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	873	488
Finanzinstrumenten der FVO	98	118
Bauspargeschäft	62	66
Finanzierungsleasing	21	28
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3	10
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	5
Beteiligungen	24	23
Zinserträge	5.851	6.757
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-2.299	-2.841
verbrieften Verbindlichkeiten	-1.173	-1.631
Nachrangkapital	-183	-203
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-214	-247
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-675	-530
Finanzinstrumenten der FVO	-204	-176
Bauspargeschäft	-74	-78
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-4
Zinsaufwendungen	-4.822	-5.710
Gesamt	1.029	1.047

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 4.468 Mio. € (2008: 5.941 Mio. €) beziehungsweise 3.674 Mio. € (2008: 4.705 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 42 Mio. € (2008: 64 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 31 Mio. € (2008: 27 Mio. €) enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS Hessen-Thüringen) vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den Laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value Option in Höhe von 3 Mio. € (2008: 9 Mio. €) enthalten.

In den Laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 52 Mio. € (2008: 52 Mio. €) enthalten. Entsprechend sind die erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 8 Mio. € (2008: 8 Mio. €) in den Zinserträgen enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €	2009	2008
Zuführungen	- 594	- 297
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 567	- 275
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	- 27	- 22
Auflösungen	134	267
Wertberichtigungen auf Forderungen	114	244
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	20	23
Direktabschreibungen auf Forderungen	- 39	- 50
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12	14
Gesamt	- 487	- 66

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind für im Vorjahr in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte Zuführungen zu Portfoliowertberichtigungen in Höhe von 4 Mio. € (2008: 0,5 Mio. €) sowie Direktabschreibungen in Höhe von 6 Mio. € (2008: 0 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Kredit- und Avalgeschäft	40	39
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	63	62
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	39	42
Wertpapier- und Depotgeschäft	28	37
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	26	13
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	10	-
Bauspargeschäft	- 1	- 2
Treuhandgeschäft	7	7
Sonstiges	15	18
Gesamt	227	216

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen enthalten im Wesentlichen Provisionen aus der Platzierung kurzfristiger Geldmarktpapiere und aus dem Vertrieb geschlossener Fonds.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

in Mio. €	2009	2008
Kursbezogenes Geschäft	–	16
Aktien	– 11	9
Aktienderivate	11	7
Zinsbezogenes Geschäft	346	– 281
nicht derivatives zinsbezogenes Geschäft	465	142
Zinsderivate	– 119	– 423
Währungsbezogenes Geschäft	– 19	– 35
Devisen	– 3	11
FX-Derivate	– 16	– 46
Ergebnis aus Kreditderivaten	8	– 22
Provisionsergebnis	– 20	– 6
Gesamt	315	– 328

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem nicht derivativen, zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält unter anderem Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option

in Mio. €	2009	2008
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	84	26
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	– 32	– 210
Gesamt	52	– 184

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierten Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumen-

ten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 98 Mio. € (2008: –174 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf –31 Mio. € (2008: –42 Mio. €).

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €	2009	2008
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	347	359
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	– 307	– 373
Gesamt	40	– 14

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €	2009	2008
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	–	14
Beteiligungen	6	2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14	13
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	– 20	– 1
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	– 38	– 56
Wertminderungen	– 39	– 56
Zuschreibungen	1	–
Gesamt	– 38	– 42

Die Wertminderungen entfallen mit 1 Mio. € (2008: 52 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit 38 Mio. € (2008: 4 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €	2009	2008
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	- 5	13
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	- 3	- 6
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	28	-
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-	11
Gesamt	20	18

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Die Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen resultieren in Höhe von 25 Mio. € aus dem Abgang der Banque LBLux S.A. Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 13 Mio. €. Aus dem Ansatz der Altanteile zu Zeitwerten beim Übergang zur Vollkonsolidierung nach Mehrheitserwerb der LB(Swiss) Privatbank AG resultiert ein Ergebniseffekt von -2 Mio. €.

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Sonstige betriebliche Erträge	599	607
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	432	440
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	17	29
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	24	19
Erträge aus nichtbankgeschäftlichen Dienstleistungen	52	53
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	–	2
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	16	2
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	16	1
Übrige sonstige betriebliche Erträge	42	61
Sonstige betriebliche Aufwendungen	– 389	– 253
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	– 150	– 134
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	– 1	– 3
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	– 38	– 40
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	– 105	– 1
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	– 1	–
Restrukturierungsaufwendungen	– 2	– 7
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	– 92	– 68
Gesamt	210	354

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge. Das Leasinggeschäft wird überwiegend von der Gruppe HANNOVER LEASING betrieben.

Der Anstieg der Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betrifft zum einen eine Abschreibung auf den Firmenwert einer Banktochter in Höhe von 26 Mio. €. Diese beruht auf einer aktuellen Ertragswertermittlung mit aktuellen Bewertungsparametern. Zum anderen war bei einer ausländischen Immobilienprojektierung eine Abschreibung auf den Firmenwert aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 77 Mio. € vorzunehmen. Diese beruht auf einer aktualisierten Immobilienwertermittlung.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	290	276
Mieteträge	281	263
Erträge aus dem Abgang	9	12
Übrige Erträge	–	1
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–176	–162
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–137	–120
davon: aus vermieteten Immobilien	–137	–120
Aufwendungen aus dem Abgang	–	–1
Abschreibungen	–37	–39
Übrige Aufwendungen	–2	–2
Gesamt	114	114

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Auf Vorratsimmobilien wurden Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. € (2008: 0,7 Mio. €) vorgenommen.

(30) Verwaltungsaufwand

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Personalaufwand	–498	–491
Löhne und Gehälter	–403	–399
Soziale Abgaben	–60	–56
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–35	–36
Andere Verwaltungsaufwendungen	–406	–416
Abschreibungen und Wertberichtigungen	–121	–148
auf Sachanlagen	–101	–130
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–20	–18
Gesamt	–1.025	–1.055

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lassen sich wie folgt aufgliedern:

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Gebäude- und Raumaufwendungen	–75	–75
IT-Aufwendungen	–115	–116
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	–106	–112
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–38	–42
Aufwendungen des Geschäftsbetriebes	–72	–71
Gesamt	–406	–416

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

(31) Ertragsteuern

in Mio. €	2009	2008
Tatsächliche Steuern	-95	-67
Latente Steuern	15	78
Gesamt	-80	11

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Niederlassung New York (53 Mio. €) und der Frankfurter Sparkasse (27 Mio. €). Er beinhaltet darüber hinaus Nachzahlungen für Vorjahre von 2 Mio. € (2008: 3 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 16 Mio. € gemindert.

Der latente Steuerertrag des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Umkehrung von temporären Differenzen (Steuerertrag 12 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steuerertrag 3 Mio. €). Auswirkungen von Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr keine.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitung der erwarteten zu den tatsächlich ausgewiesenen Ertragsteuern. Der erwartete Steueraufwand errechnet sich aus dem Ergebnis vor Ertragsteuern multipliziert mit dem anzuwendenden Konzernertragsteuersatz von unverändert 30%. Dieser setzt sich aus Körperschaftsteuer (15,0%) zuzüglich Solidaritätszuschlag (5,5% der Körperschaftsteuer) sowie einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz zusammen.

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Ergebnis vor Steuern	343	-54
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	30	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	-103	16
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	2	-10
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	-	2
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-2	-3
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	-	-1
Steuerfreie Erträge	24	17
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-32	-25
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	1	-4
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	36	14
Sonstige Auswirkungen	-6	5
Ertragsteueraufwand	-80	11

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €	2009			2008		
	Vor Steuern	Steuern	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuern	Nach Steuern
Gewinne und Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 67	26	– 41	– 161	18	– 143
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	1	–	1	– 11	–	– 11
Veränderung aus der Währungsumrechnung	– 1	–	– 1	12	–	12
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) aus Pensionsverpflichtungen	– 2	1	– 1	50	– 13	37
Gesamt	– 69	27	– 42	– 110	5	– 105

(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

Hier sind die Ergebnisse aus den mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenen Tochterunternehmen im Projektierungsgeschäft und Fondsgeschäft der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING enthalten.

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Ergebnis vor Steuern	1	– 1
Erträge	4	14
Aufwendungen	– 3	– 15
Zurechenbare Steuern	– 1	–
Ergebnis aufgebener Geschäftsbereiche	–	– 1
Gewinn/Verlust aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten	–	– 2
Gewinn aus dem Abgang von aufgegebenen Geschäftsbereichen	64	2
Zurechenbare Steuern	– 4	–
Ergebnis aus Bewertung und Abgang aufgebener Geschäftsbereiche	60	–
Gesamt	60	– 1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Der Gewinn aus dem Abgang von aufgegebenen Geschäftsbereichen resultiert aus der Veräußerung zweier mit Weiterveräußerungsabsicht erworbener Tochtergesellschaften der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING.

(33) Segmentberichterstattung

in Mio. €	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsüberschuss	317	302	309	187	88	112	11	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-239	-18	-175	-58	-45	-2	-	-
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	78	283	134	129	43	109	11	12
Provisionsüberschuss	20	35	21	18	32	51	28	28
Handelsergebnis	-	-	2	-	299	-314	-	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-3	-14	-14	-14	125	-115	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	-13	18	-22	-4	16	2	29	7
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹⁾	200	187	91	140	-	-	8	8
Summe Erträge	282	509	212	269	515	-267	76	56
Verwaltungsaufwand	-163	-166	-208	-244	-115	-115	-22	-18
Ergebnis vor Steuern¹⁾	119	343	4	25	400	-382	54	38
Vermögen (Mrd. €)	37,6	38,0	26,4	28,7	67,4	76,1	1,4	0,4
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,0	3,0	6,5	6,6	116,1	128,8	1,1	0,2
Risikoposition (Mrd. €)	21,1	18,6	15,9	14,5	12,0	14,6	2,4	2,4
Allokiertes Kapital (Mio. €)	1.675	1.523	1.156	1.079	875	1.063	171	169
Rentabilität des allokierten Kapitals (%)	7,1	22,6	0,3	2,3	45,7	-	31,6	22,4
Aufwand-/Ertrag-Relation nach Kreditrisikovorsorge (%)	57,5	32,5	95,7	90,7	22,4	-	28,2	31,7

¹⁾ Inklusive Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

	Verbundgeschäft		Öffentliches Förder- u. Infrastrukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige/Überleitung		Konzern	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsüberschuss	88	93	23	19	282	249	-89	73	1.029	1.047
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-6	3	-	1	-13	8	-9	-	-487	-66
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	82	96	23	20	269	258	-98	73	542	981
Provisionsüberschuss	25	20	14	6	76	90	11	-32	227	216
Handelsergebnis	14	17	-	-	-	-11	-	-21	315	-328
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-9	1	-	-	28	-32	-35	-25	92	-198
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-	2	-24	-46	-4	-2	-18	-24
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹⁾	3	5	3	-4	-31	-10	1	27	275	353
Summe Erträge	115	139	40	24	318	249	-125	20	1.433	1.000
Verwaltungsaufwand	-143	-153	-29	-18	-241	-249	-104	-93	-1.025	-1.055
Ergebnis vor Steuern¹⁾	-28	-14	11	7	77	1	-229	-73	408	-55
Vermögen (Mrd. €)	13,9	13,7	6,5	4,9	17,9	18,4	-1,2	4,4	169,9	184,6
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	18,4	21,1	6,5	4,9	17,9	18,4	0,3	1,7	169,9	184,6
Risikoposition (Mrd. €)	1,1	1,2	0,9	0,9	4,6	4,6	4,1	6,0	62,0	62,7
Allokiertes Kapital (Mio. €)	82	96	63	68	332	407	405	329	4.759	4.734
Rentabilität des allokierten Kapitals (%)	-	-	17,5	9,6	23,2	-	-	-	8,6	-
Aufwand-/Ertrag-Relation nach Kreditrisikovorsorge (%)	125,2	110,3	72,5	73,1	75,7	99,7	-	-	71,6	105,5

¹⁾ Inklusive Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichts stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Unternehmensbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Private Public Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Unternehmensbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset-Backed-Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Gruppe HANNOVER LEASING ist diesem Geschäftssegment zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Unternehmensbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance sowie einzelner Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Finanzinstituten und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Helaba Trust Beratungs- und Management-Gesellschaft mbH, Banque LBLux S.A. und LB(Swiss) Privatbank AG zusammengefasst. Zur Entflechtung des gemeinsamen Anteilsbesitzes mit der Bayerischen Landesbank siehe Anhangangabe (2). Im Produktportfolio des Segments finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten.
- Im Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. Diese ist die Rechtsnachfolgerin der LTH – Bank für Infrastruktur, auf die mit Wirkung vom 31. August 2009 die Investitionsbank Hessen verschmolzen wurde. Das von der Investitionsbank Hessen bis zum Verschmelzungstichtag erzielte anteilige Ergebnis wird im Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.
- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retailbank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäftes berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/ Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten, zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate Center-Kosten, gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten entsprechend der bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis nach Risikovorsorge wird auf das allokierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-/Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den Erträgen.

In der Spalte Sonstige/Überleitung sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Konsolidierungsbeträge, die zwischen den Segmentdaten und dem Konzern bestehen, werden ebenfalls an dieser Stelle ausgewiesen.

Überleitungseffekte zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €	Erträge nach Risikovorsorge	
	2009	2008
Immobilienkredite	140	351
Immobilienbewirtschaftung	10	29
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	132	129
Unternehmensfinanzierung	212	269
Treasuryprodukte	187	-9
Handelsprodukte	289	-333
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	39	75
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	76	56
Bauspargeschäft	59	71
Sparkassenverbundgeschäft	56	68
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	40	24
Retail-Geschäft	318	249
Sonstige Produkte/Überleitung	-125	20
Konzern	1.433	1.000

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €	Erträge nach Risikovorsorge	
	2009	2008
Deutschland	1.267	805
Europa (ohne Deutschland)	114	83
Welt (ohne Europa)	77	131
Konsolidierung	-25	-19
Konzern	1.433	1.000

Erläuterungen zur Bilanz

(34) Barreserve

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kassenbestand	66	72
Guthaben bei Zentralnotenbanken	593	741
Gesamt	659	813

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 576 Mio. € (2008: 737 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Angeschlossene Sparkassen	6.866	7.381
Girozentralen	609	742
Banken	7.344	8.939
Gesamt	14.819	17.062
darunter:		
inländische Kreditinstitute	10.822	11.525
ausländische Kreditinstitute	3.997	5.537

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Forderungen	2.683	2.955
Andere Forderungen	12.136	14.107
Gesamt	14.819	17.062
davon:		
Tages- und Termingelder	985	798
Gestellte Barsicherheiten	2.466	1.294
Weiterleitungsdarlehen	3.914	3.498

(36) Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Firmenkunden	67.448	69.868
Privatkunden	6.228	5.882
Öffentliche Stellen	13.792	15.207
Gesamt	87.468	90.957
darunter:		
inländische Kunden	52.194	54.020
ausländische Kunden	35.274	36.937

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Forderungen	1.158	1.923
Andere Forderungen	86.310	89.034
Gesamt	87.468	90.957
davon:		
gewerbliche Immobilienkredite	33.894	31.068
private Baufinanzierungen	3.590	3.030
Baudarlehen der Bausparkasse	1.246	1.342
Weiterleitungsdarlehen	3.107	3.276
Konsumentenkredite	387	904
Schuldscheindarlehen	900	1.434
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	1.845	2.100
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	295	316
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	466	445

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 41,7 Mrd. € (2008: 47,0 Mrd. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Roll-Over-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

(37) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verteilt sich zum Abschlussstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	19	2
Einzelwertberichtigungen	14	–
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	1	–
Portfoliowertberichtigungen	4	2
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.169	1.038
Einzelwertberichtigungen	830	813
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	97	123
Portfoliowertberichtigungen	242	102
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	58	52
Gesamt	1.246	1.092

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovor-sorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wert-berichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwert-berichtigungen		Pauschalierte Einzel-wertberichtigungen		Portfoliowert-berichtigungen		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Stand zum 1.1.	813	668	123	254	104	153	1.040	1.075
Veränderungen des Konsolidierungskreises	7	–	–	–	1	–	8	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–3	–	–	–	–1	1	–4	1
Verbrauch	–260	–40	–18	–	–	–	–278	–40
Auflösungen	–97	–90	–7	–80	–10	–74	–114	–244
Umbuchungen	–	55	–	–55	–	–	–	–
Unwindung	–31	–27	–	–	–	–	–31	–27
Zuführungen	415	247	–	4	152	24	567	275
Stand zum 31.12.	844	813	98	123	246	104	1.188	1.040

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Öffentliche Stellen	–	1
Finanzunternehmen	13	17
Grundstücks- und Wohnungswesen	506	335
Energie- und Wasserversorgung	17	95
Produzierendes Gewerbe	162	78
Sonstige Dienstleistungen	243	285
Natürliche Personen	137	147
Versicherungsgewerbe	–	1
Beteiligungsgesellschaften	19	16
Sonstige	72	63
Gesamt	1.169	1.038

(38) Handelsaktiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29.880	35.429
Geldmarktpapiere	1.023	787
von öffentlichen Emittenten	–	129
von anderen Emittenten	1.023	658
Anleihen und Schuldverschreibungen	28.857	34.642
von öffentlichen Emittenten	2.212	1.886
von anderen Emittenten	26.645	32.756
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	222	20
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.831	8.285
Kursbezogene Derivate	19	18
Zinsbezogene Derivate	4.893	5.591
Währungsbezogene Derivate	804	2.085
Kreditderivate	114	591
Warenbezogene Derivate	1	–
Forderungen des Handelsbestandes	6.872	7.753
Gesamt	42.805	51.487

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkatégorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 28.302 Mio. € (2008: 33.792 Mio. €) börsennotiert.

(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.281	1.115
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.093	2.982
Gesamt	3.374	4.097

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von nach IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nicht nach IAS 39 dokumentiert sind (ökonomische Hedges).

(40) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.924	15.060
von öffentlichen Emittenten	2.640	1.336
von anderen Emittenten	13.284	13.724
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	91	165
Aktien	55	73
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	36	92
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	33	81
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	24	45
bewertet zu Anschaffungskosten	9	36
Beteiligungen	685	660
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	627	607
bewertet zu Anschaffungskosten	58	53
Gesamt	16.733	15.966

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.064	14.442
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29	92
Beteiligungen	59	52
Gesamt	15.152	14.586

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen dieser Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	643	461
Summe der Verpflichtungen	560	342
Erträge	110	117
Jahresergebnis	-8	-8
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	265	175
Summe der Verpflichtungen	220	153
Erträge	272	45
Jahresergebnis	-3	-2

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Gesamt
Anschaffungskosten			
Stand 1.1.2009	91	732	823
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-41	29	-12
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-2	-2
Zugänge	2	62	64
Umbuchungen	2	-2	-
Abgänge	-1	-31	-32
Stand 31.12.2009	53	788	841
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen			
Stand 1.1.2009	12	-26	-14
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-7	3	-4
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-5	-5
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	-3	-23	-26
Umbuchungen	1	-1	-
Abgänge	-	32	32
Stand 31.12.2009	3	-20	-17
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen			
Stand 1.1.2009	-22	-46	-68
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-2	-2
Wertminderungen	-1	-36	-37
Abgänge	-	1	1
Stand 31.12.2009	-23	-83	-106
Buchwerte			
Stand 31.12.2008	81	660	741
Stand 31.12.2009	33	685	718

Im Vorjahr war folgende Entwicklung zu verzeichnen:

in Mio. €	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Gesamt
Anschaffungskosten			
Stand 1.1.2008	83	641	724
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	33	34
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	2	3
Zugänge	8	109	117
Abgänge	-2	-53	-55
Stand 31.12.2008	91	732	823
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen			
Stand 1.1.2008	6	73	79
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-2	-2
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	6	-97	-91
Stand 31.12.2008	12	-26	-14
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen			
Stand 1.1.2008	-21	-45	-66
Wertminderungen	-1	-3	-4
Abgänge	-	2	2
Stand 31.12.2008	-22	-46	-68
Buchwerte			
Stand 31.12.2007	68	669	737
Stand 31.12.2008	81	660	741

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s. r. o., Prag, Tschechien.

(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 19 (2008: 23) Gemeinschaftsunternehmen und 9 (2008: 23) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	24	181
Kreditinstitute	–	154
Sonstige Unternehmen	24	27
Anteile an assoziierten Unternehmen	44	59
Sonstige Unternehmen	44	59
Gesamt	68	240

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzelabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	147	14.328
Summe der Verpflichtungen	111	13.731
Erträge	7	868
Jahresergebnis	2	31
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	81	4.221
Summe der Verpflichtungen	59	4.033
Erträge	3	248
Jahresergebnis	1	10

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anteile an assoziierten Unternehmen – Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	1.394	1.538
Summe der Verpflichtungen	1.265	1.363
Erträge	184	189
Jahresergebnis	–9	–30
Anteile an assoziierten Unternehmen – Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	372	410
Summe der Verpflichtungen	339	366
Erträge	50	54
Jahresergebnis	–2	–8

(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.493	1.685
Unbebaute Grundstücke	55	59
Leerstehende Gebäude	4	4
Immobilien im Bau	30	–
Gesamt	2.582	1.748

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.760 Mio. € auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH und mit 707 Mio. € auf Immobilien der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	1.921	1.840
Veränderungen des Konsolidierungskreises	521	11
Zugänge	79	192
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	–	–72
Übertragungen aus dem Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	19	–
Übertragungen aus dem Bestand der Immobilien im Bau	15	13
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–	–1
Übertragungen aus dem Vorratsvermögen	89	1
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	–1	–2
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	189	–
Abgänge	–16	–61
Stand 31.12.	2.816	1.921
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	–173	–183
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–2	–
Planmäßige Abschreibungen	–36	–29
Außerplanmäßige Abschreibungen	–1	–1
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	–	38
Übertragungen aus dem Bestand der Immobilien im Bau	–1	–
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	–22	–
Abgänge	1	2
Stand zum 31.12.	–234	–173
Buchwerte zum 31.12.	2.582	1.748

Die Zugänge betreffen mit 67 Mio. € Zugänge zum Konsolidierungskreis in der Unternehmensgruppe GWH.

Bezüglich der Veränderung des Konsolidierungskreises verweisen wir auf Anhangangabe (2).

Die Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abangruppen resultieren aus Immobilienbeständen, bei denen die Voraussetzungen des IFRS 5 zum 31. Dezember 2009 nicht mehr erfüllt waren. Wir verweisen auf unsere Erläuterungen in Anhangangabe (1).

Aufgrund der Änderungen im Annual Improvement Project fallen Immobilien, die für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden, nicht mehr unter den Anwendungsbereich des IAS 16, sondern unter den Anwendungsbereich des IAS 40. Dies führte im Geschäftsjahr 2009 zu einer entsprechenden Umbuchung.

Die Marktwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.182 Mio. € (2008: 2.339 Mio. €).

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 9 Mio. € zum Erwerb von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

(43) Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	288	308
Betriebs- und Geschäftsausstattung	61	58
Leasinggegenstände	401	390
Immobilien im Bau	5	15
Gesamt	755	771

Bei den Leasinggegenständen des Sachanlagevermögens handelt es sich um Mobilien, die von der Gruppe HANNOVER LEASING im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet werden.

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Selbstgenutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Leasinggegenstände	Immobilien im Bau	Gesamt
Anschaffungskosten/Herstellungskosten					
Stand 1.1.2009	400	253	503	16	1.172
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	3	62	–	65
Zugänge	5	14	91	4	114
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–	–	–	–	–
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–19	–	–	–15	–34
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abganggruppen	–	–	65	–	65
Abgänge	–1	–29	–185	–	–215
Stand 31.12.2009	385	241	536	5	1.167
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 1.1.2009	–92	–195	–113	–1	–401
Planmäßige Abschreibungen	–5	–13	–83	–	–101
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–	–	–	1	1
Abgänge	–	28	61	–	89
Stand 31.12.2009	–97	–180	–135	–	–412
Buchwerte					
Stand 31.12.2008	308	58	390	15	771
Stand 31.12.2009	288	61	401	5	755

Im Vorjahr war folgende Entwicklung zu verzeichnen:

in Mio. €	Selbstgenutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Leasinggegenstände	Immobilien im Bau	Gesamt
Anschaffungskosten/Herstellungskosten					
Stand 1.1.2008	328	269	540	8	1.145
Zugänge	1	16	93	21	131
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	72	–	–	–	72
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–	–	–	–13	–13
Abgänge	–1	–32	–130	–	–163
Stand 31.12.2008	400	253	503	16	1.172
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 1.1.2008	–49	–213	–25	–	–287
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–1	–	–	–	–1
Planmäßige Abschreibungen	–5	–13	–111	–	–129
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–	–1	–1
Zuschreibungen	1	–	–	–	1
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–38	–	–	–	–38
Abgänge	–	31	23	–	54
Stand 31.12.2008	–92	–195	–113	–1	–401
Buchwerte					
Stand 31.12.2007	279	56	515	8	858
Stand 31.12.2008	308	58	390	15	771

Bei der Veränderung des Konsolidierungskreises handelt es sich im Wesentlichen um vier Schiffe, die von der Gruppe HANNOVER LEASING im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet werden. Die Zugänge bei den Leasinggegenständen im Jahr 2009 betreffen überwiegend das Fahrzeugleasinggeschäft. Die Abgänge resultieren aus auslaufenden Leasingverträgen.

Aufgrund der Änderungen im Annual Improvement Project fallen Immobilien, die für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden, nicht mehr unter den Anwendungsbereich des IAS 16, sondern unter den Anwendungsbereich des IAS 40. Dies führte im Geschäftsjahr 2009 zu einer entsprechenden Umbuchung.

Die Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangskategorien resultieren aus Vermögenswerten, bei denen die Voraussetzungen des IFRS 5 zum 31. Dezember 2009 nicht mehr erfüllt waren. Wir verweisen auf unsere Erläuterungen in Anhangangabe (1).

(44) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Geschäfts- oder Firmenwerte	151	134
Gekaufte Software	29	22
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	23	31
Gesamt	203	187

Die Immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005 und einer 2009 erstmals zu konsolidierenden ausländischen Immobilienprojektierung der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte enthalten überwiegend im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Auftragsbestände.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte	Gekaufte Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungskosten/Herstellungskosten					
Stand 1.1.2009	142	111	–	50	303
Veränderungen des Konsolidierungskreises	122	1	–	–	123
Zugänge	–	18	–	–	18
Abgänge	–	–6	–	–	–6
Stand 31.12.2009	264	124	–	50	438
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 1.1.2009	–8	–89	–	–19	–116
Planmäßige Abschreibungen	–	–12	–	–8	–20
Außerplanmäßige Abschreibungen	–105	–	–	–	–105
Abgänge	–	6	–	–	6
Stand 31.12.2009	–113	–95	–	–27	–235
Buchwerte					
Stand 31.12.2008	134	22	–	31	187
Stand 31.12.2009	151	29	–	23	203

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte	Gekaufte Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungskosten/Herstellungskosten					
Stand 1.1.2008	142	139	1	50	332
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	1	–	–	1
Zugänge	–	16	–	1	17
Abgänge	–	–45	–1	–1	–47
Stand 31.12.2008	142	111	–	50	303
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 1.1.2008	–7	–123	–	–12	–142
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–1	–	–	–1
Planmäßige Abschreibungen	–	–10	–	–8	–18
Außerplanmäßige Abschreibungen	–1	–	–	–	–1
Abgänge	–	45	–	1	46
Stand 31.12.2008	–8	–89	–	–19	–116
Buchwerte					
Stand 31.12.2007	135	16	1	38	190
Stand 31.12.2008	134	22	–	31	187

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 2 Mio. € zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

(45) Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	121	79
Latente Ertragsteueransprüche	307	377
Gesamt	428	456

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	46	22
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	2.272	3.076
Finanzanlagen	125	107
Sonstige Aktiva	65	75
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	228	154
Pensionsrückstellungen	120	114
Sonstige Rückstellungen	19	16
Sonstige Passiva	52	48
Steuerliche Verlustvorräte	27	24
Latente Ertragsteueransprüche brutto	2.954	3.636
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-2.647	-3.259
Gesamt	307	377

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank ab 2009 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 448 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,5 %.

Latente Steuern auf Verlustvorräte werden nur insoweit aktiviert, als deren Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorräte zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 27 Mio. € (2008: 24 Mio. €) auf Verlustvorräte gebildet, die unbegrenzt vortragsfähig sind.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 310 Mio. € (2008: 311 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 520 Mio. € (2008: 450 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 77 Mio. € (2008: 48 Mio. €).

(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Entsprechend den Posten der Bilanz sind im zusammengefassten Ausweis auf der Aktivseite folgende wesentliche Komponenten enthalten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Finanzanlagen	1	–
Immobilien	–	536
Übrige Sachanlagen	–	64
Ertragsteueransprüche	–	1
Sonstige Vermögenswerte	17	25
Gesamt	18	626

Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus Immobilienobjektgesellschaften, bei denen die Voraussetzungen für eine Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten gemäß IFRS 5 nicht mehr erfüllt sind. Wir verweisen auf unsere Erläuterungen in Anhangangabe (1).

(47) Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Immobilien des Vorratsvermögens	153	222
Fertiggestellte Immobilien	58	93
Immobilien im Bau	95	129
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	118	62
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	102	89
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	12	16
Sonstige Vermögenswerte	792	813
Gesamt	1.177	1.202

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Angeschlossene Sparkassen	2.672	1.891
Girozentralen	3.884	3.467
Banken	26.658	28.607
Gesamt	33.214	33.965
darunter:		
inländische Kreditinstitute	25.980	24.780
ausländische Kreditinstitute	7.234	9.185

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Verbindlichkeiten	2.087	2.728
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31.127	31.237
Gesamt	33.214	33.965
davon:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	12.506	12.920
Weiterleitungsdarlehen	7.240	6.904
begebene Namensschuldverschreibungen	3.093	4.172
Tages- und Termingelder	3.650	3.294

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Firmenkunden	23.802	24.292
Privatkunden	14.548	14.410
Öffentliche Stellen	3.541	3.182
Gesamt	41.891	41.884
darunter:		
inländische Kunden	37.783	38.368
ausländische Kunden	4.108	3.516

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Verbindlichkeiten	12.905	11.031
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	28.986	30.853
Gesamt	41.891	41.884
davon:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	4.304	4.558
Tages- und Termingelder	14.081	12.190
Spareinlagen	2.468	3.013
Bauspareinlagen	3.217	3.167
begebene Namensschuldverschreibungen	9.905	8.997
aufgenommene Schuldscheindarlehen	7.456	8.699

(50) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Begebene Schuldverschreibungen	36.625	38.693
Hypothekendarlehen	1.540	1.890
Öffentliche Darlehen	5.955	8.260
Sonstige Schuldverschreibungen	29.130	28.543
Andere verbrieftes Verbindlichkeiten	1.880	1.908
Gesamt	38.505	40.601

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen ausschließlich Geldmarktpapiere in Höhe von 1.880 Mio. € (2008: 1.908 Mio. €).

Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (68).

(51) Handelspassiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.422	7.996
Kursbezogene Derivate	21	18
Zinsbezogene Derivate	5.608	5.978
Währungsbezogene Derivate	638	1.351
Kreditderivate	154	649
Warenbezogene Derivate	1	–
Begebene Geldmarktpapiere	9.938	4.989
Verbindlichkeiten des Handelsbestandes	25.752	40.484
Gesamt	42.112	53.469

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Geldhandels- und Wertpapierpensionsgeschäfte.

(52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	499	732
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.350	2.668
Gesamt	2.849	3.400

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von nach IAS 39 zu qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nicht nach IAS 39 dokumentiert sind (ökonomische Hedges).

(53) Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	789	772
Andere Rückstellungen	309	245
Rückstellungen für den Personalbereich	104	69
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	58	52
Restrukturierungsrückstellungen	3	7
Sonstige Rückstellungen	144	117
Gesamt	1.098	1.017

Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde im Inland ein Zinssatz von 6,0% (2008: 5,75%) zugrunde gelegt. Der Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen. Dabei wird ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestufteten Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist.

Von dem Barwert der Pensionsverpflichtungen entfallen 69% auf die Landesbank Hessen-Thüringen (2008: 70%) und 24% auf die Frankfurter Sparkasse (2008: 26%).

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine endgehaltsabhängige Gesamtversorgungszusage, bei der sich die Versorgungsleistung als dienstjahresabhängiger Prozentsatz der zuletzt gezahlten ruhegehaltfähigen Bezüge ergibt.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt einen Endgehaltsplan dar, bei dem die Gehaltsteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte (BBG) anders gewichtet werden als die Gehaltsteile bis zur BBG.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe von so genannten Rentenbausteinen, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres.

Daneben bestehen im Wesentlichen Einzelzusagen für Vorstandsmitglieder sowie mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusagen und Zusagen für Beihilfeleistungen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht dieser Anspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK). Rentenanwartschaften, die über die Höchstrente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse hinausgehen, werden durch eine Aufstockungszusage abgedeckt. Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ermitteln sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO)	950	927
davon vollständig fondsfinanziert	169	161
davon nicht fondsfinanziert	781	766
Marktwert des Planvermögens	-227	-186
Aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	59	24
Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen	782	765
Aktivüberhang aus Pensionsverpflichtungen	7	7
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	789	772

Von den ausgewiesenen Pensionsrückstellungen entfallen 62 Mio. € (2008: 65 Mio. €) auf eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte Beitragszusage.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	927	972
Laufender Diensteitaufwand	17	20
Zinsaufwand	52	52
Arbeitnehmerbeiträge	2	2
Gezahlte Versorgungsleistungen	-47	-44
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-31	-68
Veränderungen des Konsolidierungskreises	28	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	-7
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	950	927

Das Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Marktwert des Planvermögens zum 1.1.	186	185
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	8	8
Arbeitgeberbeiträge	7	6
Arbeitnehmerbeiträge	2	2
Gezahlte Versorgungsleistungen	-5	-5
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	2	-4
Veränderungen des Konsolidierungskreises	26	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	-6
Marktwert des Planvermögens zum 31.12.	227	186

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Eigenkapitalinstrumente	17	15
Fremdkapitalinstrumente	166	151
Immobilien	4	9
Andere Vermögenswerte	40	11
Marktwert des Planvermögens	227	186

Von dem Planvermögen entfallen 12 Mio. € (2008: 22 Mio. €) auf konzerneigene Finanzinstrumente und 2 Mio. € (2008: 3 Mio. €) auf selbst genutzte Immobilien und andere Vermögenswerte.

Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	19	-4	45	-43
Annahmeänderungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	12	72	94	29
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Planvermögen	2	-4	4	-4
Veränderung des aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzten Betrages	-35	-14	-10	-
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	-2	50	133	-18

Die im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Laufender Dienstzeitaufwand	17	20
Zinsaufwand	52	52
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-8	-8
Gesamte Aufwendungen und Erträge	61	64

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 10 Mio. € (2008: 4 Mio. €).

Für beitragsorientierte Versorgungszusagen wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2008: 3 Mio. €) aufgewendet.

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Rückstellungen für den Personalbereich	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Restrukturierungs-rückstellungen	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
Stand zum 1.1.2009	69	52	7	117	245
Veränderungen des Konsolidierungskreises	22	–	–	10	32
Verbrauch	–40	–1	–1	–37	–79
Auflösungen	–6	–20	–1	–17	–44
Umbuchungen	4	–	–4	–	–
Aufzinsung	2	–	–	1	3
Zuführung	53	27	2	70	152
Stand zum 31.12.2009	104	58	3	144	309

Im Vorjahr war folgende Entwicklung zu verzeichnen:

in Mio. €	Rückstellungen für den Personalbereich	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Restrukturierungs-rückstellungen	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
Stand zum 1.1.2008	57	54	–	129	240
Verbrauch	–37	–1	–	–54	–92
Auflösungen	–1	–23	–	–18	–42
Umbuchungen	4	–	–	–	4
Aufzinsung	2	–	–	1	3
Zuführung	44	22	7	59	132
Stand zum 31.12.2008	69	52	7	117	245

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

(54) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	163	169
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	28	106
Gesamt	191	275

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	171	261
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	2.213	2.622
Finanzanlagen	29	26
Sonstige Aktiva	98	29
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	9	301
Pensionsrückstellungen	52	53
Sonstige Rückstellungen	91	59
Sonstige Passiva	12	14
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	2.675	3.365
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-2.647	-3.259
Gesamt	28	106

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (45)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 51 Mio. € (2008: 49 Mio. €).

(55) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Abgangsgruppen

Entsprechend den Posten der Bilanz sind im zusammengefassten Ausweis auf der Passivseite folgende wesentliche Komponenten enthalten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	72
Ertragsteuerverpflichtungen	-	22
Sonstige Verbindlichkeiten	-	22
Gesamt	-	116

Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus Immobilienobjektgesellschaften, bei denen die Voraussetzungen für eine Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten gemäß IFRS 5 nicht mehr erfüllt sind. Wir verweisen auf unsere Erläuterungen in Anhangangabe (1).

(56) Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	121	135
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	23	32
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	246	232
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	57	62
Sonstige Verbindlichkeiten	171	180
Gesamt	618	641

(57) Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.569	2.566
darunter: anteilige Zinsen	12	14
Genussrechtskapital	852	845
darunter: anteilige Zinsen	41	41
Stille Einlagen	1.104	1.118
darunter: anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	4.525	4.529
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.188	3.184

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(58) Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Gezeichnetes Kapital	477	477
Stille Einlagen	1.920	1.920
Kapitalrücklage	658	643
Gewinnrücklagen	2.049	1.798
Neubewertungsrücklage	-196	-168
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-7	-4
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-3	9
Gesamt	4.898	4.675

Das Gezeichnete Kapital ist das von den drei Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital. Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 %.

Die unter dem Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen die Bedingung des IAS 32, dass keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten besteht. Demnach erfolgt die Bedienung der stillen Einlagen im Rahmen der Gewinnverwendung.

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Handelsaktiva	10.315	17.763
Forderungen an Kreditinstitute	2.499	1.410
Forderungen an Kunden	174	2.851
Finanzanlagen	2.941	8.799
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	264	9
Sachanlagen	200	107
Sonstige Aktiva	15	–
Gesamt	16.408	30.924

Die Stellung der Sicherheiten erfolgt insbesondere für Offenmarktgeschäfte, zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften über Clearinghäuser sowie im Rahmen von echten Pensionsgeschäften. Zur Besicherung von OTC-Geschäften bestehen zum Bilanzstichtag als Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesene gezahlte liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.491 Mio. € (2008: 1.408 Mio. €).

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2009 belief sich die Deckungsmasse auf 27.994 Mio. € (2008: 28.810 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und Öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 19.479 Mio. € (2008: 22.386 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 951 Mio. € (2008: 1.134 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 409 Mio. € (2008: 644 Mio. €) wurden weiterverpfändet; es bestehen Rückgabeverpflichtungen in gleicher Höhe.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 554 Mio. € (2008: 1.137 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

(60) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	123	200
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	78
Forderungen an Kunden	1.101	1.108
davon:		
an verbundene Unternehmen	11	11
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19	18
Handelsaktiva	–	7
Finanzanlagen	40	72
Gesamt	1.264	1.387

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(61) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
USD	19.631	20.928	16.210	13.268
GBP	6.952	6.351	2.953	4.552
CHF	3.628	3.718	4.213	3.839
JPY	1.188	1.477	1.905	2.720
Andere Währungen	2.486	2.521	512	657
Gesamt	33.885	34.995	25.793	25.036

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(62) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	18.323	34.232	29.237	54.563	31.784
Handelsspassiva	3.296	20.592	11.802	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.088	4.874	5.566	14.464	11.054
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.938	4.062	6.105	14.941	10.614
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	4.696	5.447	23.228	6.719
Nachrangkapital	–	8	317	1.930	3.397
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	6.412	327	653	1.566	501
Handelsspassiva	6.412	8	2	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	319	651	1.566	501
Unwiderrufliche Kreditzusagen	488	1.149	3.513	7.338	6.653
Gesamt	25.223	35.708	33.403	63.467	38.938

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2008:

in Mio. €	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	16.556	46.699	29.426	50.339	41.177
Handelsspassiva	3.386	31.111	10.976	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.341	5.182	4.140	14.474	12.162
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.609	4.886	6.919	11.729	16.429
Verbriefte Verbindlichkeiten	220	5.510	7.162	22.356	8.713
Nachrangkapital	–	10	229	1.780	3.873
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	8.026	133	578	1.721	895
Handelsspassiva	7.996	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	30	133	578	1.721	895
Unwiderrufliche Kreditzusagen	456	839	5.308	9.336	9.172
Gesamt	25.038	47.671	35.312	61.396	51.244

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß der vertraglich vereinbarten Fälligkeitstermine auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestandes werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist.

(63) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	580	411	19	18	21	18
OTC-Produkte	197	233	8	6	12	12
Aktienoptionen	197	233	8	6	12	12
Käufe	93	97	8	6	–	–
Verkäufe	104	136	–	–	12	12
Börsengehandelte Produkte	383	178	11	12	9	6
Aktien-/Index-Futures	213	27	1	–	3	2
Aktien-/Index-Optionen	170	151	10	12	6	4
Zinsbezogene Geschäfte	430.619	530.382	8.157	9.063	7.900	8.952
OTC-Produkte	376.356	409.152	8.134	8.903	7.889	8.858
Forward Rate Agreements	1.494	3.223	–	4	–	2
Zinsswaps	337.338	368.559	7.708	8.601	7.296	8.174
Zinsoptionen	37.054	35.837	426	298	593	682
Käufe	16.698	16.691	417	285	1	–
Verkäufe	20.356	19.146	9	13	592	682
Sonstige Zinskontrakte	470	1.533	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte	54.263	121.230	23	160	11	94
Zinsfutures	34.251	67.359	22	152	10	84
Zinsoptionen	20.012	53.871	1	8	1	10
Währungsbezogene Geschäfte	48.871	49.434	912	2.705	1.104	1.555
OTC-Produkte	48.871	49.434	912	2.705	1.104	1.555
Devisenkassa- und -termingeschäfte	25.691	31.713	400	1.655	321	878
Zins-/Währungsswaps	20.815	14.565	491	980	761	606
Devisenoptionen	2.365	3.156	21	70	22	71
Käufe	1.179	1.578	21	70	–	–
Verkäufe	1.186	1.578	–	–	22	71
Kreditderivate	20.517	27.174	116	596	245	871
OTC-Produkte	20.517	27.174	116	596	245	871
Warenbezogene Geschäfte	9	3	1	–	1	–
OTC-Produkte	9	3	1	–	1	–
Commodity Swaps	9	3	1	–	1	–
Gesamt	500.596	607.404	9.205	12.382	9.271	11.396

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogenes Geschäft		Währungsbezogenes Geschäft	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
bis drei Monate	239	101	115.086	170.720	17.394	24.969
mehr als drei Monate bis ein Jahr	141	72	75.439	81.505	11.387	8.292
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	200	199	147.649	162.899	16.029	13.429
mehr als fünf Jahre	–	39	92.445	115.258	4.061	2.744
Gesamt	580	411	430.619	530.382	48.871	49.434

in Mio. €	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
bis drei Monate	386	348	1	1	133.106	196.139
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.841	995	3	2	88.811	90.866
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.833	23.304	5	–	179.716	199.831
mehr als fünf Jahre	2.457	2.527	–	–	98.963	120.568
Gesamt	20.517	27.174	9	3	500.596	607.404

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
OECD-Banken	373.979	409.172	7.041	9.722	8.153	9.383
Banken außerhalb der OECD	300	–	–	–	–	–
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	117.582	190.812	1.804	2.418	968	1.957
Öffentliche Stellen in der OECD	8.735	7.420	360	242	150	56
Gesamt	500.596	607.404	9.205	12.382	9.271	11.396

(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2009 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	659				659
Forderungen an Kreditinstitute	14.675			144	14.819
Forderungen an Kunden	87.257			211	87.468
Handelsaktiva			42.805		42.805
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.374		3.374
Finanzanlagen		14.135		2.598	16.733
Gesamt	102.591	14.135	46.179	2.953	165.858
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.943			271	33.214
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.197			1.694	41.891
Verbriefte Verbindlichkeiten	35.513			2.992	38.505
Handelspassiva			42.112		42.112
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.849		2.849
Nachrangkapital	3.997			528	4.525
Gesamt	112.650		44.961	5.485	163.096

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2008:

in Mio. €	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	813				813
Forderungen an Kreditinstitute	16.912			150	17.062
Forderungen an Kunden	90.721			236	90.957
Handelsaktiva			51.487		51.487
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.097		4.097
Finanzanlagen		13.366		2.600	15.966
Gesamt	108.446	13.366	55.584	2.986	180.382
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.709			256	33.965
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.378			1.506	41.884
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.712			1.889	40.601
Handelspassiva			53.469		53.469
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.400		3.400
Nachrangkapital	4.006			523	4.529
Gesamt	116.805		56.869	4.174	177.848

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2009 dargestellt:

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
in Mio. €							
Zinsüberschuss	4.110	-3.674	359		-104	363	1.054
Risikovorsorge	-487						-487
Handelsergebnis				315			315
Ergebnis aus Finanzanlagen			-38				-38
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-32	84	52
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-78	-229				347	40
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-67				-67
Gesamt	3.545	-3.903	254	315	-136	794	869

Für das Jahr 2008 ergaben sich folgende Beträge:

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
in Mio. €							
Zinsüberschuss	5.192	-4.701	745		-49	-124	1.063
Risikovorsorge	-66						-66
Handelsergebnis				-328			-328
Ergebnis aus Finanzanlagen			-42				-42
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-210	26	-184
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-96	-277				359	-14
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-161				-161
Gesamt	5.030	-4.978	542	-328	-259	261	268

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen, erwartete Erträge aus Planvermögen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten.

in Mio. €	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva						
Barreserve	659	813	659	813	–	–
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	15.089	17.386	14.800	17.060	289	326
Forderungen an Kunden ¹⁾	90.550	93.737	86.299	89.919	4.251	3.818
Handelsaktiva	42.805	51.487	42.805	51.487	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.374	4.097	3.374	4.097	–	–
Finanzanlagen	16.733	15.966	16.733	15.966	–	–
Gesamt	169.210	183.486	164.670	179.342	4.540	4.144
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.012	34.570	33.214	33.965	798	605
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.236	43.550	41.891	41.884	1.345	1.666
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.472	40.622	38.505	40.601	–33	21
Handelspassiva	42.112	53.469	42.112	53.469	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.849	3.400	2.849	3.400	–	–
Nachrangkapital	4.425	4.275	4.525	4.529	–100	–254
Gesamt	165.106	179.886	163.096	177.848	2.010	2.038

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Vorjahreszahlen angepasst.

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Marktes werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cash-flow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich

Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spreadprodukte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arrangerpreise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Infolge der Finanzmarktkrise hat der Helaba-Konzern die Wertpapiere, getrennt nach Sektoren, hinsichtlich ihrer Liquidität an den Märkten einer Analyse unterzogen. Es wurden für nahezu den gesamten Wertpapierbestand wieder aktive Märkte festgestellt. Aufgrund der im Rahmen dieser Analyse erbrachten Nachweise zur Ausweitung der Geld-/Brief-Spannen und zum Rückgang der Handelsvolumina wurde für ausgewählte Wertpapiere des Finanzsektors der Länder Spanien, Portugal und Irland zum 31. Dezember 2009 weiterhin die Illiquidität festgestellt. Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes dieser Wertpapiere wurde daraufhin ein Bewertungsmodell auf Basis der Discounted-Cash-Flow-Methode (DCF) verwendet. Die dem Modell zugrunde liegenden Diskontierungszinssätze ermitteln sich aus den zuletzt verfügbaren Marktdaten und der aktuellen Swapkurve. Um die Illiquidität des Marktes zu berücksichtigen, werden die auf die Swapkurve aufgeschlagenen Spreads liquiditätsabhängig angepasst.

Die Wertpapierbestände (ohne ABS-Wertpapiere und Beteiligungen) wurden zusätzlich einer Sensitivitätsanalyse unterzogen. Dazu wurden die herangezogenen liquiditätsabhängigen Spreads um zehn Basispunkte nach oben (nach unten) angepasst. In der nachfolgenden Tabelle werden sowohl die Buchwerte dieser Wertpapiere als auch das Ergebnis der Sensitivitätsanalyse ausgewiesen.

in Mio. €	Buchwert (DCF-Methode)	Sensitivität +/- 10 BP
Handelsaktiva	898	2
Finanztitel ohne Deckung	898	2
Finanzanlagen	210	-
Finanztitel ohne Deckung	210	-
Gesamt	1.108	2

Zum 31. Dezember 2008 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €	Buchwert (DCF-Methode)	Sensitivität +/- 10 BP
Handelsaktiva	30.264	71
Unternehmensanleihen	650	3
Finanztitel ohne Deckung	29.614	68
Finanzanlagen	10.909	42
Unternehmensanleihen	187	1
Finanztitel ohne Deckung	10.722	41
Gesamt	41.173	113

Die verwendeten Bewertungsmodelle und die Inputdaten werden durch das Risikocontrolling auf ihre Plausibilität und Korrektheit hin geprüft. Um eine konsistente Bewertung sicherzustellen, erfolgt die Preisfeststellung grundsätzlich einheitlich zum Tagesende.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
Nicht derivative Finanzinstrumente	35.445	16.427	2.124	53.996
Forderungen an Kreditinstitute	–	144	–	144
Forderungen an Kunden	–	211	–	211
Handelsaktiva	24.297	11.757	921	36.975
Finanzanlagen	11.148	4.315	1.203	16.666
Derivate	34	9.168	2	9.204
Positive Marktwerte des Handelsbestandes	23	5.805	2	5.830
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	11	3.363	–	3.374
Gesamt 31.12.2009	35.479	25.595	2.126	63.200
Gesamt 31.12.2008	8.680	25.738	41.986	76.404

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
Nicht derivative Finanzinstrumente	2.285	38.844	46	41.175
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	271	–	271
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	1.694	–	1.694
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	2.946	46	2.992
Handelsspassiva	2.285	33.405	–	35.690
Nachrangkapital	–	528	–	528
Derivate	21	9.244	6	9.271
Negative Marktwerte des Handelsbestandes	18	6.402	2	6.422
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3	2.842	4	2.849
Gesamt 31.12.2009	2.306	48.088	52	50.446
Gesamt 31.12.2008	148	60.543	353	61.044

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente im Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.500	41.389
Schuldverschreibungen, Anleihen	1.176	39.092
Schuldscheine	69	1.702
Asset Backed Securities	255	317
Certificates of Deposit	–	278
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	624	591
Gesamt	2.124	41.980

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
AAA	117	2.295
AA	45	22.799
A	1.128	14.321
BBB und schlechter	45	1.292
Ohne externes Rating	165	682
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.500	41.389

In den folgenden Tabellen wird die Entwicklung des Bestandes an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember 2009 noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

Aktiva	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Positive Marktwerte des Handelsbestandes	Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
in Mio. €				
Buchwert zum 31.12.2008	30.075	11.905	5	1
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis		-22		-1
Handelsergebnis	-138		-1	
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO		-8		-
Ergebnis aus Finanzanlagen		-42		
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste		-120		
Zugänge	80	117	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-6.398	-1.657	-2	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-1	-9	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-2	-	-
Übertragungen aus Level 1 oder Level 2	18	74	-	-
Übertragungen in Level 1 oder Level 2	-22.715	-9.033	-	-
Buchwert zum 31.12.2009	921	1.203	2	-
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	21	6	-	-

Passiva	Verbriefte Verbindlichkeiten	Handelspassiva	Negative Markt- werte des Han- delsbestandes	Negative Markt- werte aus nicht mit Handelsab- sicht gehaltenen Derivaten
in Mio. €				
Buchwert zum 31.12.2008	150	191	3	9
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis	-2			-2
Handelsergebnis		-	1	
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanz- instrumenten der FVO	11			-3
Zugänge	4	-	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-117	-	-2	-
Übertragungen in Level 1 oder Level 2	-	-191	-	-
Buchwert zum 31.12.2009	46	-	2	4
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-10	-	1	2

(66) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

In Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Reclassification of Financial Assets, hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Im Jahr 2009 wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte.

in Mio. €	1.7.2008 Buchwert	31.12.2008 Buchwert	31.12.2009 Buchwert	31.12.2009 Zeitwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	437	423	375	345
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	1.722	1.677	1.470	1.295
Gesamt	2.159	2.100	1.845	1.640

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5% und 6,5%, mit erwarteten erzielbaren Cash-flows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgegliederten, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2% und 9,3%, mit erwarteten erzielbaren Cash-flows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären 2009 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich unrealisierte Bewertungsgewinne von 6 Mio. € (zweites Halbjahr 2008: Bewertungsverluste von –42 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsverluste von –41 Mio. € (zweites Halbjahr 2008: –141 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte 2009 wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

in Mio. €	1.1. – 31.12.2009	1.7. – 31.12.2008
Zinsüberschuss	39	63
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	4	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–10	–
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	33	64

(67) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value Option

Für Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, betragen die bonitätsinduzierten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte in der Berichtsperiode 25 Mio. € (2008: –64 Mio. €). Die kumulative bonitätsinduzierte Änderung der beizulegenden Zeitwerte für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Verbindlichkeiten beträgt –44 Mio. € (2008: –77 Mio. €).

(68) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €	Begebene Geldmarktpapiere des Handels	Verbrieftes Verbindlichkeiten	Verbrieftes Nachrangkapital	Gesamt
Stand zum 1.1. 2009	4.989	40.601	3.184	48.774
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–12	47	–3	32
Zugänge aus Emissionen	39.201	24.108	–	63.309
Abgänge durch Rückzahlung	–34.144	–25.074	–	–59.218
Abgänge durch Rückkäufe	–59	–1.078	–	–1.137
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–11	–135	–2	–148
Erfolgswirksame Wertänderungen	–26	36	9	19
Stand zum 31.12.2009	9.938	38.505	3.188	51.631

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden sowohl kurzfristige Geldmarktpapiere als auch mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum

Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(69) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(70) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 530 Mio. € (2008: 445 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist und deshalb ein maschinelles Mahnverfahren eingeleitet wurde. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen sowie der hierfür gestellten Sicherheiten:

in Mio. €	Verzug <= ein Monat	Verzug > ein Monat <= drei Monate	Verzug > drei Monate <= ein Jahr	Verzug > ein Jahr	Gesamt	Fair Value der Sicher- heiten
Forderungen an Kunden (LaR)	295	77	78	52	502	336
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (LaR)	8	8	8	4	28	–
Gesamt	303	85	86	56	530	336

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2008:

in Mio. €	Verzug <= ein Monat	Verzug > ein Monat <= drei Monate	Verzug > drei Monate <= ein Jahr	Verzug > ein Jahr	Gesamt	Fair Value der Sicher- heiten
Forderungen an Kunden (LaR)	76	258	85	8	427	216
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (LaR)	8	4	3	3	18	–
Gesamt	84	262	88	11	445	216

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Mobilienleasing-, Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

	Buchwert vor Wertberichtigung	Höhe der Wertberichtigung	Buchwert nach Wertberichtigung	Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Finanzinstrumente
in Mio. €				
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	25	15	10	–
Forderungen an Kunden (LaR)	2.223	927	1.296	947
Finanzanlagen (AfS)	441	142	299	–
Gesamt	2.689	1.084	1.605	947

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2008:

	Buchwert vor Wertberichtigung	Höhe der Wertberichtigung	Buchwert nach Wertberichtigung	Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Finanzinstrumente
in Mio. €				
Forderungen an Kunden (LaR)	2.510	936	1.574	691
Finanzanlagen (AfS)	315	137	178	–
Gesamt	2.825	1.073	1.752	691

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte wie unter Anhangangabe (64) dargestellt, zuzüglich der außerbilanziellen Verpflichtungen gemäß Anhangangabe (71). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (37)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Aus der Sicherheitenverwertung einer Konsortialfinanzierung der Projektierung einer Geschäftsimmoblie in den USA heraus erwarb die Helaba 2009 anteilig ein Anwartschaftsrecht auf die Immobilie. Der Zugang des ursprünglich für die Entwicklung zu einem Einzelhandelszentrum vorgesehenen Grundstücks erfolgt erst 2010. Das Anwartschaftsrecht wird zum 31. Dezember 2009 mit einem Buchwert in Höhe von 18 Mio. € ausgewiesen. Mit Maßnahmen zur Weiterveräußerung der Immobilie wurde begonnen.

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielles Geschäft

(71) Außerbilanzielle Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Eventualverbindlichkeiten	6.396	7.908
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	6.382	7.894
Nachschussverpflichtungen	14	14
Andere Verpflichtungen	22.173	28.449
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	3.023	3.329
Unwiderrufliche Kreditzusagen	19.141	25.111
Garantien, Risiko-Übernahmeverpflichtungen und sonstige Risiken	9	9
Gesamt	28.569	36.357

(72) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Publikumfonds 58 (2008: 20)	2.813	1.126
Spezialfonds 231 (2008: 216)	52.769	36.800
Gesamt	55.582	37.926

Der Anstieg der verwalteten Investmentvermögen beruht in Höhe von 1.698 Mio. € (40 Fonds) auf der Erstkonsolidierung der LB(Swiss) Investment AG.

(73) Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Treuhandvermögen	3.249	2.771
Forderungen an Kreditinstitute	429	34
Forderungen an Kunden	696	721
Beteiligungen	2.114	2.016
Sonstige Vermögensgegenstände	10	–
Treuhandverbindlichkeiten	3.249	2.771
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11	14
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.192	2.712
Sonstige Verbindlichkeiten	46	45

Die Treuhandgeschäfte betreffen mit 1,4 Mrd. € (2008: 1,0 Mrd. €) im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz. Der Anstieg ist mehrheitlich auf die Erstkonsolidierung der LB(Swiss) Privatbank AG zurückzuführen. Darüber hinaus werden im Leasing- und Fondsgeschäft der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING Anteilsrechte im Wert von 1,9 Mrd. € (2008: 1,7 Mrd. €) im Treuhandwege als Dienstleistung für diverse Investoren verwaltet.

Sonstige Angaben

(74) Sonstige Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen seitens des Konzerns bei 27 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 150 Mio. € (2008: 254 Mio. €). Es bestehen keine Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen (2008: 41 Mio. €). Gesetzliche beziehungsweise vertragliche Nachschusspflichten bestehen bei einem Unternehmen in gegenüber 2008 unveränderter Höhe von 1 Mio. €. Die Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 172 Abs. 4 HGB belaufen sich unverändert für ein verbundenes Unternehmen auf 36 Mio. € sowie für drei weitere Beteiligungen insgesamt auf 2 Mio. €. Des Weiteren besteht unverändert gegenüber 2008 eine Nachhaft für eventuelle Verbindlichkeiten zweier erloschener Gesellschaften gemäß § 159 Abs. 1 HGB in Höhe von maximal 15 Mio. €.

Bei im Immobilienprojektierungsgeschäft tätigen einbezogenen Gesellschaften sind sonstige finanzielle Verpflichtungen in Form von Bestellobligos, Altmietrisiken und sonstigen Haftungsverhältnissen in Höhe von insgesamt 83 Mio. € (2008: 61 Mio. €) vorhanden.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Mitglieder. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassen-Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Im Falle der Rückzahlung zweier stiller Einlagen mit unbegrenzter Laufzeit entstünde eine zusätzliche Zahlungsverbindlichkeit unverändert gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 205 Mio. €.

Gesellschaften der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING verpflichten sich bei Abschluss von Leasingverträgen im Fondsgeschäft geschäftsüblich auch zur Sicherstellung der Finanzierung des Leasingobjektes. Soweit die Einwerbung von Eigenkapital nicht durch Platzierungsgarantien Dritter abgedeckt ist, tragen sie das Platzierungsrisiko. Die am 31. Dezember 2009 bestehenden Risiken sind in den außerbilanziellen Verpflichtungen enthalten.

(75) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Bruttoinvestitionswert	390	420
bis ein Jahr	76	68
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	156	144
mehr als fünf Jahre	158	208
davon: nicht garantierte Restwerte	48	48
unrealisierter Finanzertrag	-95	-104
Nettoinvestitionswert	295	316
bis ein Jahr	51	53
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	112	93
mehr als fünf Jahre	132	170

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehende nicht garantierte Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Die Finanzierungs-Leasinggeschäfte resultieren insbesondere aus Geschäften der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING und betreffen im Wesentlichen Immobilien, Schienenfahrzeuge, Lastkraftwagen, Fitnessgeräte und andere mobile Gebrauchsgüter. Kumulierte Wertberichtigungen bei Finanzierungs-Leasinggeschäften bestehen in Höhe von 1 Mio. € (2008: 2 Mio. €). Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 2 Mio. € (2008: 3 Mio. €) als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
bis ein Jahr	146	117
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	193	217
mehr als fünf Jahre	44	20
Gesamt	383	354

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 48 Mio. € (2008: 39 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 14 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
bis ein Jahr	57	43
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	191	160
mehr als fünf Jahre	252	284
Gesamt	500	487

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 61 Mio. € (2008: 66 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 16 Mio. € (2008: 14 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungs-Leasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr 2009 nicht.

(76) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main
HLL Campus Dreieich GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Limes Haus Schwalbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main

(77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag 31. Dezember 2009 wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Stammkapital	477	477
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	2.973	2.973
Offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	1.810	1.690
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	427	126
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	-57	-52
Kernkapital	5.630	5.214
Genussrechtsverbindlichkeiten	749	835
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.373	2.372
Übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	-55	474
Ergänzungskapital	3.067	3.681
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	-427	-41
Haftendes Eigenkapital	8.270	8.854
Genutzte, verfügbare Drittrangmittel	-	-
Eigenmittel gesamt	8.270	8.854

Mit Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 werden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch Zuführung zu den Sonderposten nach § 340f HGB, Bildung von Wertberichtigungen und die Dotierung der Rücklagen gestärkt.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kapitalanforderungen		
Adressenausfallrisiken	4.196	4.186
Marktrisiken	506	622
Operationelle Risiken	203	206
Gesamt	4.905	5.014
Kernkapitalquote	8,8 %	8,3 %
Gesamtkennziffer	13,5 %	14,1 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen einschließlich deren nahe Familienangehörige sowie von diesen Personen beherrschte Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	121	942
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	5	942
Gesellschafter der Helaba	116	–
Forderungen an Kunden	1.801	1.737
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	251	120
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	564	519
Gesellschafter der Helaba	911	980
sonstige nahestehende Personen	75	118
Handelsaktiva	278	1.015
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	12	–
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	3	259
Gesellschafter der Helaba	263	756
Sonstige Aktiva	5	29
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	18
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	2	11
Gesellschafter der Helaba	2	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	219	258
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	219	258
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99	331
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	7	270
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	37	24
Gesellschafter der Helaba	41	27
sonstige nahestehende Personen	14	10
Handelspassiva	175	182
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	12	12
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	2	84
Gesellschafter der Helaba	161	86
Sonstige Passiva	10	14
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	3
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	1	11
Gesellschafter der Helaba	9	–
Eventualverbindlichkeiten	531	477
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	79	28
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	208	149
Gesellschafter der Helaba	58	169
sonstige nahestehende Personen	186	131

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen nicht. Forderungsausbuchungen oder Forderungsverzichte sind 2009, ebenso wie 2008, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,9 Mio. € (2008: 0,2 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2008: 3 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Helaba 2009 setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kurzfristige Leistungen	4	6
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	4
Andere langfristige Leistungen	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

(79) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Abschlussprüfung	5	6
Sonstige Leistungen	1	4
Gesamt	6	10

(80) Angaben zu Arbeitnehmern**Beschäftigte im Jahresdurchschnitt**

2009	weiblich	männlich	Gesamt
Bank	961	1.408	2.369
WIBank (vormals LTH – Bank für Infrastruktur)	124	121	245
Landesbausparkasse	190	142	332
Gesamtbank	1.275	1.671	2.946
Konzerntochtergesellschaften	1.497	1.447	2.944
Konzern	2.772	3.118	5.890

2008	weiblich	männlich	Gesamt
Bank	919	1.371	2.290
LTH – Bank für Infrastruktur	83	82	165
Landesbausparkasse	194	144	338
Gesamtbank	1.196	1.597	2.793
Konzerntochtergesellschaften	1.510	1.512	3.022
Konzern	2.706	3.109	5.815

(81) Mitglieder des Verwaltungsrates

Gregor Böhmer Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – bis 28. Februar 2009 –	Robert Fischbach Landrat Kreis Marburg-Biedenkopf Marburg	Dr. h.c. Petra Roth Oberbürgermeisterin Frankfurt am Main
Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – seit 1. März 2009 –	Martin Fischer Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Jena-Saale-Holzland Jena	Thorsten Schäfer-Gümbel Mitglied des Hessischen Landtages Wiesbaden – seit 18. März 2009 –
Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld Heiligenstadt Erster stellvertretender Vorsitzender	Stefan Gielowski Oberbürgermeister Rüsselsheim	Dr. Bernd Scheifele Vorsitzender des Vorstandes HeidelbergCement Heidelberg
Karlheinz Weimar Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen Wiesbaden Zweiter stellvertretender Vorsitzender	Alfred Jakoubek Landrat Landkreis Darmstadt-Dieburg Darmstadt – bis 30. September 2009 –	Horst Schnur Landrat Odenwaldkreis Erbach – bis 31. August 2009 –
Dieter Mehlich Vorsitzender des Vorstandes Kasseler Sparkasse Kassel Dritter stellvertretender Vorsitzender	Stefan Lauer Mitglied des Vorstandes Deutsche Lufthansa AG Frankfurt am Main	Wolfgang Schuster Landrat Lahn-Dill-Kreis Wetzlar – seit 19. November 2009 –
Hans Adler Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Starkenburg Heppenheim	Christoph Matschie Minister Thüringer Ministerium für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur Erfurt	Dr. Rainer Spaeth Staatssekretär Thüringer Finanzministerium Erfurt
Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun Vorsitzender des Vorstandes B. Braun Melsungen AG Melsungen	Gerhard Möller Oberbürgermeister Fulda	Dr. Norbert Vornehm Oberbürgermeister Gera
	Clemens Reif Mitglied des Hessischen Landtages Wiesbaden	Dr. Manfred Wagner Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Bad Hersfeld- Rotenburg Bad Hersfeld
	Stefan Reuß Landrat Werra-Meißner-Kreis Eschwege – seit 19. November 2009 –	Jürgen Walter Rechtsanwalt Gernsheim – bis 28. Februar 2009 –

Von der Belegschaft entsandt

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Wilfried Abt

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
Vierter stellvertretender
Vorsitzender

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
New York

Nicole Brandt

Bankangestellte
Kassel

Wilfried Carl

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik

Bankprokuristin
Erfurt

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

(82) Kreditausschuss des Verwaltungsrates**Gregor Böhmer**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
Vorsitzender
– bis 28. Februar 2009 –

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
Vorsitzender
– seit 1. März 2009 –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
Stellvertretender Vorsitzender

Wilfried Abt

Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Hanau
– seit 1. Dezember 2009 –

Thomas Kretschmer

Geschäftsführer
Gesellschaft für Arbeits- und
Wirtschaftsförderung
des Freistaats Thüringen mbH
Erfurt
– bis 23. März 2009 –

Frank Lortz

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Dieter Mehlich

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Fulda

Generalkonsul h.c. Dirk Pfeil

Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Horst Schnur

Landrat
Odenwaldkreis
Erbach
– bis 31. August 2009 –

Wolfgang Wehner

Suhl
– vom 25. März 2009
bis 14. März 2010 –

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

(83) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gregor Böhmer Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – bis 28. Februar 2009 –	Dr. Robert Becker Senior Vice President Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale New York
Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt – seit 25. März 2009 – Vorsitzender – seit 24. April 2009 –	Wilfried Carl Stellvertretender Abteilungsleiter Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Kassel
Stephan Ziegler Vorsitzender des Vorstandes Nassauische Sparkasse Wiesbaden Erster stellvertretender Vorsitzender	Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld Heiligenstadt
Hans Peschka Stellvertretender Abteilungsleiter Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt am Main – Zweiter stellvertretender Vorsitzender seit 12. Februar 2009 –	Dr. Rainer Spaeth Staatssekretär Thüringer Finanzministerium Erfurt
Hans Adler Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Starkenburg Heppenheim	Karlheinz Weimar Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen Wiesbaden

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, einen Bauausschuss sowie einen Beteiligungsausschuss übertragen.

(84) Mitglieder des Vorstandes**Hans-Dieter Brenner**

Vorsitzender

Johann Berger

Stellvertretender Vorsitzender

– seit 1. Dezember 2009 –

Stefan Bungarten

– bis 25. März 2009 –

Klaus-Dieter Gröb**Dr. Detlef Hosemann**

– seit 1. Dezember 2009 –

Rainer Krick

– seit 15. September 2009 –

Gerrit Raupach**Dr. Norbert Schraad**

(85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**Mandate der Vorstandsmitglieder**

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Johann Berger	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Gerrit Raupach	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Norbert Schraad	Bundesdruckerei GmbH, Berlin	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hartmut Bieneck	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Dr. Winfried Franke	LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Herbert Hans Grüntker	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Herbert Hirschler	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Jürgen Hofer	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Volker Klein	Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Harald Quensen	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Georg Stocker	Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Bernd Thoma	Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

(86) Aufstellung der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochtergesellschaften und at Equity bewerteten Unternehmen

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 sind neben der Landesbank Hessen-Thüringen die nachstehend aufgeführten Unternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen worden:

Firma	Sitz
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Frankfurt am Main
Accontis GmbH Finanzanlagen und Beteiligungen	Frankfurt am Main
AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Frankfurt am Main
AKANTHUS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
ARMORICA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Pullach
ARMORICA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
Arosa Finance Limited	Dublin, Irland
BALIOS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
BENACUS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten	Frankfurt am Main
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Frankfurt am Main
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Kassel
CADUCEUS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
CITY CENTER CB s. r. o.	Ceské Budejovice, Tschechien
CORNALES Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
Delta Vermietungsgesellschaft mbH	Pullach
DIV Deutsche Immobilienfonds GmbH	Pullach
DIV Grundbesitzanlage Beteiligungs KG	Frankfurt am Main
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Potsdam
Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG	Kassel
DULCINEA Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Kriftel
Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Fitnessgeräte Leasing GmbH	Grünwald
Frankfurter Bankgesellschaft AG	Frankfurt am Main
Frankfurter Sparkasse	Frankfurt am Main
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Freizeitgeräte Leasing AG	Grünwald
G+S Bauen und Wohnen GmbH	Frankfurt am Main
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main
GALENA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
GAMBA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Erfurt

Firma	Sitz
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Frankfurt am Main
GILMAR Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Frankfurt am Main
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH	Frankfurt am Main
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Frankfurt am Main
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Frankfurt am Main
GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Frankfurt am Main
GWH Immobilien Holding GmbH	Frankfurt am Main
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
HANNOVER LEASING Automotive GmbH	Grünwald
HANNOVER LEASING Flight Invest 47 GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER LEASING Flight Invest 48 GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH	Pullach
HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER LEASING Sun Invest 3 Italien GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER LEASING Treuhand-Vermögensverwaltung GmbH	Pullach
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG	Pullach
HANNOVER MOBILIEN LEASING GmbH	Pullach
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International	Dublin, Irland
Helaba International Finance plc	Dublin, Irland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Helaba Trust Beratungs- und Management-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
HERMANUS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
HERSCHEL Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
HI A-FSP Fonds	Frankfurt am Main
HI-Balanced 40	Frankfurt am Main
HI C-FSP Fonds	Frankfurt am Main
HI FBI Fonds	Frankfurt am Main
HI FBP Fonds	Frankfurt am Main
HI FSP Fonds	Frankfurt am Main
HI H-FSP Fonds	Frankfurt am Main
HI-HT-KOMP-Fonds	Frankfurt am Main
HI-LBS 2-FONDS	Frankfurt am Main
HI-LBS 4-FONDS	Frankfurt am Main
HI-LBS 5-FONDS	Frankfurt am Main
HI-LBS 6-FONDS	Frankfurt am Main
HI-LBS-FONDS I	Frankfurt am Main
HI-RENTPLUS-FONDS	Frankfurt am Main
HI-TURBO-FONDS	Frankfurt am Main

Firma	Sitz
HML Cantus Vermietungsgesellschaft mbH & Co KG	Pullach
HML GmbH & Co. KG	Pullach
HML Vectus Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Pullach
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Mainz
HUMBOLD Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
IKT Westhafen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
KITHARA Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
LB(Swiss) Investment AG	Zürich, Schweiz
LB(Swiss) Privatbank AG	Zürich, Schweiz
LHT MSIP LLC	Wilmington, USA
LHT Power Three LLC	Wilmington, USA
LHT TCW	Wilmington, USA
LHT TPF II	Wilmington, USA
LUCINA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
Magnolia GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Main Capital Funding Limited Partnership	St. Helier, Jersey
Main Capital Funding II Limited Partnership	St. Helier, Jersey
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Frankfurt am Main
MERIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Pullach
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG	Hamburg
MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG	Hamburg
MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG	Hamburg
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG	Hamburg
NVZ Teltow GmbH	Berlin
OFB Beteiligungen GmbH	Frankfurt am Main
OFB Projektentwicklung GmbH	Frankfurt am Main
OPUSALPHA FUNDING LTD	Dublin, Irland
OPUSALPHA PURCHASER LTD	Dublin, Irland
ORION Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG	Pullach
ORYX Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
Palladium Praha s. r. o.	Prag, Tschechien
Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG	Pullach
PERNILLA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
POLLUX Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
PORTIKUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
PROCURO Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
Projektgesellschaft ehemals JVA Erfurt mbH & Co. KG	Erfurt
Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG	Frankfurt am Main
PVG GmbH	Frankfurt am Main
Römerhof GmbH	Frankfurt am Main

Firma	Sitz
SALVIA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
SCABIOSA Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
SELINUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
TE Kronos GmbH	Frankfurt am Main
TRASIMENO Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
Vermögensverwaltung „vormals Emaillierwerk“ Aktiengesellschaft	Fulda
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Frankfurt am Main
Westhafenkontor GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG	Frankfurt am Main
Yucatan Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG	Pullach
ZODIAK Verwaltungsgesellschaft mbH	Pullach

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

Gemeinschaftsunternehmen:

Firma	Sitz
Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG	Köln
G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH	Eschborn
G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG	Eschborn
G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH	Eschborn
G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG	Eschborn
G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Schönefeld, OT Waltersdorf
gatelands Verwaltungs GmbH	Schönefeld
GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH	Eschborn
GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG	Eschborn
GOB Werfthaus GmbH & Co. KG	Eschborn
Schiffahrts-Gesellschaft „AMERICA“ mbH & Co. KG	Hamburg
Schiffahrts-Gesellschaft „EUROPE“ mbH & Co. KG	Hamburg
Schiffahrts-Gesellschaft „ORIENT ACCORD“ GmbH & Co. KG	Hamburg
Schiffahrts-Gesellschaft „ORIENT ADVENTURE“ GmbH & Co. KG	Hamburg
Schiffahrts-Gesellschaft „ORIENT TRADER“ GmbH & Co. KG	Hamburg
Schiffahrts-Gesellschaft „ORIENT TRIBUNE“ GmbH & Co. KG	Hamburg
SKYGARDEN Arnulfpark GmbH & Co. KG	Grünwald
Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR	Frankfurt am Main
Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG	Frankfurt am Main

Assoziierte Unternehmen:

Firma	Sitz
Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH	Kriftel
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	Köln
ECLIPSIS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG	Pullach
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
HeWiPPP GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
MHKW Pirmasens Abfallbehandlungs GmbH & Co. KG	Pullach
VOLARE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach
ZEDER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Pullach

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB wird gesondert im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 16. März 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 22. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

**Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Frankfurt am Main / Erfurt, den 3. Mai 2010